



## 8. Stadtratsprotokoll / 8<sup>ème</sup> *procès-verbal du Conseil de ville*

**Sitzung vom Mittwoch, 22. Juni 2011, 18.00 Uhr**  
***Séance du mercredi 22 juin à 18 heures***

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**

***Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg***

---

### **Anwesend / *Présents:***

Ammann Olivier, Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Blättler Schmid Isabelle, Blösch Paul, Bösch Andreas, Brassel Urs, Calegari Patrik, Chevallier Barbara, Donzé Pablo, Dunning Samantha, Eschmann René, Esseiva Monique, Fischer Pascal, Garbani Charlotte, Grivel Pierre-Yves, Grünenwald Samuel, Grupp Christoph, Güntensperger Nathan, Gurtner Roland, Habegger Hans Peter, Hügli Daniel, Isler Peter, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Köhli Hans Ulrich, Lachat Thomas, Linder Fiorella, Löffel Christian, Magnin Claire, Menekse Ali, Molina Franziska, Morier-Genoud Michèle, Moser Peter, Némitz Cédric, Nicati Alain, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pichard Alain, Rindlisbacher Hugo, Rüfenacht Daphné, Rüfenacht Martin, Sermet Béatrice, Simon Fatima, Stöckli Schwarzen Heidi, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sylejmani Ali, Wiederkehr Martin, Wiher Max

### **Entschuldigt / *Absence(s) excusée(s):***

Bohnenblust Regula, Habegger Markus, Habegger Rudolf, Hadorn Werner, Mischler Peter, Scherrer Martin, Tanner Anna, Tonon Ariane

### **Vertretung des Gemeinderates / *Représentation du Conseil municipal:***

Stadtpräsident Erich Fehr

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Contini François, Klopfenstein Hubert, Liechti Gertsch Teres, Moeschler Pierre-Yves, Schlauri René, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

### **Entschuldigt Gemeinderat / *Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:***

-

### **Vorsitz / *Présidence:***

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

### **Sekretariat / *Secrétariat:***

Regula Klemmer, Ratssekretärin

<b>Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i></b>	<b>Seite/Page</b>
99. Genehmigung der Traktandenliste .....	341
100. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	341
101. Protokollgenehmigung (20. Januar 2011 / Nr. 1) .....	341
102. 20110013 Ersatzwahl in die Deutsche Schulkommission .....	342
103. 20110096 Bewilligung von Nachkrediten zulasten der Jahresrechnung 2010	342
104. Jahresrechnung 2010 .....	345
• Eintreten .....	345
• Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion .....	355
• Präsidialstab .....	359
• Finanzdirektion .....	360
105. Begründung der Dringlichkeit Motion Hanspeter Habegger, Fraktion BVP Plus, Sanierung / Renovation Hirschensaal in Biel / Bözingen .....	363
104. Jahresrechnung 2010 (Fortsetzung) .....	363
• Sicherheitsdirektion .....	363
• Baudirektion .....	364
• Sonderrechnungen .....	365
106. 20090400 Finanzstrategie / Zwischenbericht 2011 .....	365
107. Geschäftsbericht 2010 der Stadtverwaltung Biel .....	375
• Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion .....	376
• Allgemeine Gemeindeverwaltung .....	383

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich begrüsse die Anwesenden herzlich zur heutigen Stadtratssitzung. Was die Audioanlage anbelangt, kann ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass Gespräche geführt werden und sich eine gute Lösung abzeichnet.

#### **99. Genehmigung der Traktandenliste**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** In der Diskussion zur Rechnung möchte ich die Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion vorziehen. Heute Abend wird nämlich der Chefdirigent des Sinfonie Orchesters Biel, Herr Rösner, verabschiedet und Herr Moeschler sollte an diesem Anlass teilnehmen. Zudem soll die dringliche überparteiliche Motion 20110122, "Das Theater Palace, ein Kulturhaus für alle, prioritär dem französischen Theater gewidmet" nach Möglichkeit erst morgen behandelt werden. Sollte es sich zeigen, dass die Debatte an der Sitzung von morgen Abend nicht so weit fortschreitet, werde ich mir erlauben, dieses Traktandum vorzuziehen.

**Die Traktandenliste wird vom Stadtrat mit diesen Bemerkungen stillschweigend genehmigt.**

#### **100. Mitteilungen Stadtratsbüro**

**Klemmer Regula, Ratssekretärin:** Das Stadtratsbüro hat mittels Zirkularbeschluss für folgenden Vorstoss Fristverlängerung beschlossen:

- Überparteiliche Interpellation 20110049, Salome Strobel, SP, Christoph Grupp, Grüne Biel, Roland Gurtner, Passerelle, "Welche Bauvorhaben sind im Gebiet Beaumont - Berghaus - Ried geplant" bis 19. Oktober 2011

Zudem hat die GPK anlässlich ihrer Sitzung vom 16. Juni 2011 die folgende Abrechnung eines Verpflichtungskredites der Baudirektion in eigener Kompetenz und einstimmig genehmigt:

- 20090365 Schulhaus Battenberg / Teilsanierung

#### **101. Protokollgenehmigung (20. Januar 2011 / Nr. 1)**

**Das Protokoll Nr. 1 wird vom Rat stillschweigend genehmigt.**

**102. 20110013 Ersatzwahl in die Deutsche Schulkommission**

**Baltzer Niklaus, Fraktion SP:** Die Fraktion SP schlägt als Ersatz für Alfred Wittwer Frau Anna Tanner vor. Die Stadtratsmitglieder kennen sie bestens, sie musste sich aber leider für die heutige Sitzung entschuldigen. Ich hoffe, diese Kandidatin findet ihre Zustimmung.

**Abstimmung**

Als Mitglied der deutschen Schulkommission wird gewählt:

**Frau Anna Tanner, Güterstrasse 2, 2502 Biel**

**103. 20110096 Bewilligung von Nachkrediten zulasten der Jahresrechnung 2010**

**Rüfenacht Martin, GPK:** Ich muss improvisieren, da der vorgesehene Sprecher der GPK noch nicht anwesend ist... Nach intensiven Diskussionen hat die GPK beschlossen, Ihnen dieses Geschäft zur Genehmigung zu beantragen.

**Güntensperger Nathan, Fraktion GLP:** Ich habe ein paar Fragen zu diesen Nachkrediten, konkret zum Konto 34300.31400000 (Feuerwehr und Zivilschutz, baulicher Unterhalt). Es geht um einen Wasserschaden im Sahligut. Falls ich dies richtig verstehe, wurde der Kredit wegen eines Wasserschadens überschritten. Sollte dem so sein, möchte ich wissen, ob dies nicht ein Versicherungsfall gewesen wäre. Die zweite Frage betrifft das Konto 45000.31800000 (Soziales Honorare), respektive die Übernahme der Kosten aus den Krankenkassenwechseln. Dieses Konto wies schon letztes Jahr eine grosse Kostenüberschreitung auf. Ich frage mich, warum Sozialhilfebeziehende die Krankenkasse nicht rechtzeitig wechseln können sollen. Ausserdem verstehe ich nicht, worum es beim ESB Konto 909.86000000 (Reserveabweichungen) geht. Ich wäre für einige Erläuterungen dazu dankbar.

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** Bei den beantragten Nachkrediten handelt es sich um bereits getätigte Ausgaben. Der Stadtrat muss sie so oder so bewilligen. Es ist der Fraktion Forum bewusst, dass Abweichungen zwischen Budget und Rechnung vorkommen können. Wird die Sonderrechnung ESB ausser Acht gelassen, betreffen die Nachkredite ungefähr 1% des Gesamtbudgets. Damit hat die Fraktion Forum kein Problem. Es gibt aber auch einige Posten, für welche die Fraktion Forum gerne eine Erklärung hätte. Dabei geht es der Fraktion Forum gleich wie dem Sprecher der GLP. Was die Problematik bei den Krankenkassenprämien anbelangt, so wurden 2009 drei Stellen bewilligt, um dem Problem begegnen zu können. Wurden diese Stellen auch besetzt? Weshalb ist jetzt nochmals ein Nachkredit notwendig? Mir ist klar, dass diese Stellen erst im 2009 geschaffen wurden und damals die Frist für die Kündigung der Krankenkassen für 2010 bereits abgelaufen war. Deshalb muss wohl auch ein Nachkredit für 2010 gesprochen werden. Ich möchte aber wissen, ob der Stadtrat die Gewähr hat, dass nächstes Jahr kein Nachkredit mehr nötig ist? Ansonsten lief organisatorisch etwas falsch. Bedenklich stimmen die Fraktion Forum auch die

Vandalismusschäden von fast CHF 300'000.- auf dem Konto 42400.31400000 (Schulen, baulicher Unterhalt). Muss die Stadt diese Kosten einfach so hinnehmen, oder kann dagegen etwas unternommen werden? Welche Überlegungen wurden dazu bereits angestellt? Die Fraktion Forum stimmt den beantragten Nachkrediten mit diesen Bemerkungen zu.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Wie Herr Kaufmann richtig feststellte, beträgt die Nachkreditsumme rund 1% des Gesamtbudgets, sofern der Sonderfall ESB ausgeklammert wird. Ich denke, eine solche Abweichung ist in der Norm. Selbstverständlich versuchen alle Abteilungen, so exakt wie möglich zu budgetieren. In einem Gemeinwesen von der Grösse Biels, das einen Umsatz von über CHF 350 Mio. erzielt, ergeben sich zwangsläufig in der Zeitspanne zwischen Budgetierung und letzter Buchung in der Rechnung gewisse Änderungen. Neben den Überschreitungen gibt es aber auch Budgetposten, die ungenutzt blieben, aber nicht gesondert aufgeführt werden. Dies ist aus formellen Gründen nur bei Nachkrediten notwendig. Die Frage von Herrn Güntensperger bezüglich des Wasserschadens im Sahligut kann der Gemeinderat heute nicht beantworten. Ich bitte den Stadtrat, uns solch konkrete Fragen im Voraus zu stellen, so dass die entsprechenden Abklärungen getroffen werden können. Die Sicherheitsdirektorin kann die entsprechende Auskunft aber sicher nachliefern, falls dies gewünscht wird.

Was die Fragen zu den Krankenkassenprämien in der Abteilung Soziales anbelangt, so wird Herr Moeschler dazu Stellung nehmen. Bei den Reservenabweichungen im ESB (Konto 909.86000000) handelt es sich um eine buchungstechnische Summe. Bekanntlich führt der ESB zwei Rechnungen. Die eine Rechnungslegung erfolgt entsprechend dem harmonisierten Rechnungsmodell (HRM) und entspricht der dem Stadtrat heute vorliegenden Gemeinderechnung. Sie folgt bestimmten Bewertungsregeln, die sich aus dem kantonalen Recht ergeben. Die zweite Rechnungslegung orientiert sich demgegenüber am teilliberalisierten Strommarkt und der entsprechenden Strommarktgesetzgebung sowie den Vorgaben der Regulierungskommission ECom. Zwischen den beiden Rechnungen bestehen gewisse Bewertungsdifferenzen. Daraus entstehen rein buchhalterisch substantielle Abweichungen zwischen den angeführten Beträgen gemäss kantonalem Rechnungsmodell und dem ECom-Modell. Ich betone, dass es sich dabei nicht um reale Beträge handelt. Die Differenzen summieren sich aber von Jahr zu Jahr. Da dieses Prozedere noch ziemlich neu ist, gibt es immer wieder Diskussionen mit der Revisionsstelle, wie diese Differenzen zu verbuchen sind. Aus diesem Grund musste nun auch eine Umbuchung auf allen bisherigen Reserven gemacht werden. Diese Umbuchung betrifft also nicht nur das Rechnungsjahr 2010. Der Nachkredit fällt entsprechend hoch aus. Er macht aber die Stadt leider nicht reicher, zum Glück aber auch nicht ärmer...

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Des remarques ont été faites concernant le compte 45000.31800000 - Domaine social, honoraires. Le Département des affaires sociales est tenu d'assurer ses bénéficiaires auprès des vingt caisses-maladie les plus avantageuses de Suisse. Le nombre des bénéficiaires de l'aide sociale, nécessitant un changement de caisse, avoisine les trois mille cas chaque année et ceci engendre une charge administrative énorme, qui doit être assurée dans l'espace d'un seul mois. Cependant, force est de constater, que seules certaines caisses facilitent le travail des affaires sociales, ce qui

représente un énorme travail administratif, à assurer par le Département des affaires sociales, dans l'espace d'un mois. En effet, les nouvelles directives de l'Office des assurances sociales concernant les caisses-maladie les plus avantageuses n'étant publiées qu'à mi-octobre, le Département des affaires sociales ne dispose, par conséquent, que de 30 jours à réception de la police de l'assuré, pour effectuer le changement de caisse. Il convient d'ajouter, que le Département des affaires sociales ne dispose que des contrats d'assurance des bénéficiaires de l'aide sociale ayant signé une procuration à cet effet. Ainsi, les frais relatifs à la différence entre les coûts des assurances meilleures marchées et les frais effectifs sont à la charge de la Ville. Il s'agit principalement d'une part des frais découlant de l'impossibilité de changer de caisse, en raison des prestations suspendues pour cause de non-paiement des primes et d'autre part, des frais relatifs aux personnes ayant des arriérés et provenant d'autres cantons, qui ne sont pas régis par les mêmes directives. Ces nouvelles directives ont entraîné des tâches supplémentaires assumées par la même équipe et quelques aides temporaires auprès du Département des affaires sociales. En 2010, ces changements de caisse-maladie ont mobilisé des ressources à hauteur de 640%, pendant six mois. À partir de 2011, il a été décidé que les frais découlant de cette différence de coûts serait pris en charge par les bénéficiaires de l'aide sociale et non plus par la Ville de Bienne.

## Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 1. April 2011 betreffend Bewilligung von Nachkrediten zu Lasten der Jahresrechnung 2010, gestützt auf Art. 39, Abs. 2 Bst b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Folgende Nachkredite von insgesamt CHF **13'504'643** werden bewilligt:

Konto-Nr. 12000/30700000 Präsidial		CHF	731'877
Konto-Nr 22000.30100000 Abt. Liegenschaft Löhne	CHF	52'645	
Konto-Nr 22000.30900000 Abt. Liegenschaft übr. Personalaufw.	CHF	41'982	
Konto-Nr 22000.31800000 Abt. Liegenschaft Aufträge an Dritte	CHF	87'654	CHF 182'281
Konto-Nr. 280.31600000, Informatik		CHF	121'750
Konto-Nr. 34300.31400000, Feuerwehr und Zivilschutz		CHF	100'385
Konto-Nr. 40200.36559900 Soz. Projekte Jugend, Sport, Familie ...		CHF	108'294
Konto-Nr. 42400.30100000, Schulen der Primar- und Sekundarstufe		CHF	162'449
Konto-Nr. 42400.31400000, Schulen der Primar- und Sekundarstufe		CHF	299'480
Konto-Nr. 45000.30100000, Soziales		CHF	271'813
Konto-Nr. 45000.31800000, Soziales Honorare		CHF	279'515
Konto-Nr. 45200.36545201 Beschäftigungsmassnahmen z. soz. Integration		CHF	552'803
Konto-Nr. 45200.36545215 Beschäftigungsmassnahmen z. soz. Integration		CHF	260'800
Konto-Nr. 54000.31400000, Hochbau		CHF	168'766
Konto Nr. 909.32000000 ESB Total Leistungen Dritte/Honorare		CHF	318'230
Konto Nr. 909.35500000 ESB Total Temporäres Personal		CHF	157'100
Konto Nr. 909.36000000 ESB Total Sozialleistungen		CHF	124'400
Konto Nr. 909.50000000 ESB Total Mieten, Benütz. Entschädig.		CHF	120'700
Konto Nr. 909.53000000 ESB Total Büro-, Verwaltungsaufw.		CHF	216'700
Konto Nr. 909.86000000 ESB Total Reservenabweichung		CHF	9'327'300

**TOTAL**

**CHF 13'504'643**

## 104. Jahresrechnung 2010

### Eintreten

**Rüfenacht Martin, GPK:** Nach gut 10 Jahren und immer wieder prognostizierten Mehraufwendungen in Millionenhöhe und letztendlich realisierten Mehrerträgen holt die Realität Biel nun ein. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat die Jahresrechnung 2010 mit einem Aufwand von CHF 349,8 Mio. und einem Ertrag von CHF 334,2 Mio. vor. Dies ergibt einen Mehraufwand von CHF 15,63 Mio.. Ohne die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Steuern juristische Personen (SGR 660.91) von CHF 3 Mio. und der Auflösung der 2009 gebildeten Rückstellung für Regulierungskosten Stromversorgungsnetz von ebenfalls CHF 3 Mio. entstünde gar ein operatives Defizit von CHF 21,63 Mio.. Anders als in vorangegangenen Jahrzehnten ist das Budget 2010 eine punktgenaue Landung. Budget und Jahresrechnung 2010 weichen nämlich nur um CHF 400'000.- voneinander ab, es wurde also recht genau prognostiziert. Die Ratsmitglieder, welche schon mehr als zehn Jahre im Rat sind, kennen das Vorgehen, dass mit roten Zahlen gedroht wird und schlussendlich trotzdem schwarze Zahlen geschrieben werden. Das ist nichts Neues. Über zehn Jahre funktionierte dies gut. Schwarze Zahlen zu schreiben wurde sogar zu einem Spiel, gewisse Stadträte wünschten sich gar eine grüne statt einer schwarzen Null für die Rechnung... Die Rechnung 2010 entspricht dem Budget - wie gesagt - ziemlich genau, weist aber leider auch wie vorausgesagt ein Defizit von CHF 21 Mio. auf. Dieses Ergebnis wird abgefedert, andere werden sagen beschönigt, mit Entnahmen aus Spezialfinanzierungen. Kommt hinzu, dass das Eigenkapital in wenigen Jahren von CHF 52 Mio. auf rund CHF 37 Mio. schrumpft, eine bedenkliche Entwicklung. Ich habe noch die Worte in den Ohren, dass ein Defizit bei derart hohem Eigenkapital gut verkraftbar sei, wenn dies nicht oft vorkommt. Diese Aussage beruhigt und ist auch richtig.

Weshalb präsentiert sich die Rechnung 2010 mit einem derartigen Defizit? Die immer wiederkehrenden und oft spektakulären Landverkäufe blieben letztes Jahr aus. Früher konnten Schulhäuser oder Land an den Kanton oder an die Private verkauft werden. Manchmal waren insbesondere die Landverkäufe unvorhersehbar. Gerade sie ermöglichten aber einen positiven Rechnungsabschluss. Nicht nur die fehlenden Landverkäufe sind aber am Defizit schuld. Auch der Einbruch der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen wirkt sich ganz negativ auf die Rechnung aus. Während 2008 bei den juristischen Personen noch Steuereinnahmen von CHF 36,8 Mio. realisiert werden konnten, konnten 2010 nur noch CHF 22,9 Mio. budgetiert werden, realisiert wurden gar nur CHF 13,1 Mio.. Die Wirtschaftskrise traf wie erwartet, aber mit Verspätung ein. Eine Kehrtwende zu den Zuständen der fetten Jahre 2007/2008 wird, wenn überhaupt, nur langsam stattfinden. Die fetten Jahre sind vorbei. Reagierten Gemeinderat und Verwaltung zu wenig proaktiv auf die sich abzeichnende Wende? Eine Jahresrechnung ist immer ein Rückblick auf geleistete Arbeit in Form getätigter Einnahmen und Ausgaben.

Es stellt sich die Frage, ob die Verwaltung gut oder schlecht gearbeitet hat. Unterschreiten einzelne Direktionen oder Abteilungen ihr Budget oder halten sie es ein, kann ihnen kein Vorwurf gemacht werden, ganz im Gegenteil. Letztlich hatte das Budget 2010 nie den Anspruch, ein Sparsbudget zu sein. Die Verwaltung tat das,

wofür sie die nötigen Ressourcen zugesprochen erhielt. Die GPK ist der Meinung, dass Sparwillen und der haushälterischere Umgang mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen als Regeln besonders auch in der Finanzstrategie definiert werden müssen. Die Jahresrechnung ist das Resultat verschiedener Einflüsse und muss unter Umständen einer korrigierenden Strategie folgen. Auf jeden Fall muss die Finanzstrategie auf das kommende Budget Einfluss nehmen. Der GPK sind folgende Punkte besonders wichtig: Der Versuch, aus dem spektakulären Rechnungsjahr 2008 CHF 10 Mio. zu retten, ist nicht wirklich gelungen. Die Privatwirtschaft kennt Rückstellungen, bei der Gemeinderechnung wurden zweimal je CHF 5 Mio. Spezialfinanzierungen zugewiesen. Diese nun aufzulösen, ist nicht so einfach. Solche Umbuchungen unterliegen - je nach Höhe - dem fakultativen Referendum oder benötigen gar eine Volksabstimmung. Diese Prozesse brauchen Zeit und die Rechnungslegung könnte nicht rechtzeitig erfolgen. Sorge bereiten der GPK insbesondere die ständig steigenden Fixkosten. Diese Ausgaben nehmen nie ab. Es handelt sich dabei unter anderem um Spesen, Honorare, Sachausgaben, EDV-Kosten, Personalkosten. Die Direktion mit den höchsten Fixkosten sowie den meisten fremdgesteuerten Kosten ist die Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion. Ausgaben von CHF 193,17 Mio. steht ein Ertrag von CHF 109,37 Mio. gegenüber. Dies ist zwar CHF 2 Mio. besser als budgetiert, der Aufwand vergrösserte sich aber gegenüber 2009 um CHF 11 Mio., der Ertrag nahm demgegenüber 2009 um rund CHF 6 Mio. ab. Das ist bedenklich! Die für die BSK zuständige GPK-Sprecherin wird sich noch gezielt dazu äussern.

Nach langer und intensiver Diskussion beantragt die GPK dem Stadtrat den Aufwandüberschuss von CHF 15'635'976.-, die Entnahmen aus der Spezialfinanzierung Steuern juristische Personen von CHF 3 Mio. und die Auflösung der Rückstellungen für Regulierungsrisiken wegen dem Stromversorgungsgesetz von CHF 3 Mio. sowie die Rechnung insgesamt zu genehmigen. Die GPK möchte es nicht unterlassen, allen beteiligten Personen für die abgegebenen Unterlagen und Informationen ganz herzlich zu danken.

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Les comptes 2010 se soldent par un déficit de 21'635'976 mio. fr., 15'635'976 mio. fr. si nous acceptons de prélever la liquidation de la réserve constituée en 2009 pour les risques de régulation liés à la Loi sur l'approvisionnement en électricité (LApEI) de 3 mio. fr., le prélèvement sur le financement spécial "Impôts des personnes morales" de 3 mio. fr. ainsi que le prélèvement sur le financement spécial "Capital de couverture des rentes et des prestations de sortie des membres à titre principal du Conseil municipal" de fr 731'877. Moins 21 mio. fr. c'est l'excédent de charges prévu par le budget 2010. Étant donné la crise, le déficit est de 15 mio. fr. La population, qui même si elle n'y est pour rien, devra finalement en supporter les conséquences.

Malgré une situation économique médiocre, les comptes 2010 de la Ville de Bienne présentent toutefois une amélioration par rapport au budget 2009. L'état des finances est moins catastrophique, que ne le laissait présager la situation. La philosophie des Verts plaide en faveur d'un budget (recettes-dépenses) équilibré. Sachant que tout budget s'inscrit dans un contexte économique sujet à des déséquilibres, l'exercice est d'autant plus aléatoire. Il faut savoir réduire les dépenses dans les années fastes et engranger des réserves pour les années plus maigres. En matière financière, le Groupe des Verts est responsable et suffisamment conscient pour ne pas basculer



dans des scénarios catastrophiques et céder à la panique. Nous sommes conscients, qu'il faudra plusieurs années pour assainir l'état des finances de la Ville de Bienne et bénéficier à nouveau d'entrées faramineuses, comme par le passé. Il faudra également s'efforcer de trouver de nouvelles recettes, afin que les prestations actuelles puissent être maintenues.

Un des points les plus inquiétants des comptes 2010, en comparaison avec l'état des comptes 2009, c'est le déficit d'un peu plus de 14 mio. fr., que représente le manque à gagner sur les impôts sur bénéfice et capital. Rappelons que les Verts se sont opposés à une baisse des impôts, qui était d'autant plus questionnable, qu'elle intervenait au moment même où la crise économique commençait à montrer ses effets. Le montant correspondant à la rétrocession d'impôts 2010, payés en trop en 2009, n'a pas été porté à notre connaissance. Il est dès lors difficile de faire des projections sur l'avenir, si nous ne connaissons pas les conséquences de la crise de l'impôt en 2009 et son évolution. Aujourd'hui, les personnes physiques (les citoyens et les citoyennes) participent plus lourdement aux finances publiques. Il faudra y penser lors de la prise de décisions en matière de stratégie financière. Les finances de la Ville de Bienne reposent majoritairement sur ces citoyens et citoyennes.

La Ville de Bienne gère bien ses avoirs et son patrimoine financier administratif. Elle prévoit des réserves pour les projets spéciaux et investit les excédents dans la fortune. Elle remplit également un grand rôle au service de la collectivité, que ce soit auprès des citoyens et citoyennes ou par la mise à disposition des infrastructures nécessaires. La Ville de Bienne et sa population ne devraient donc pas être tributaires des appétits irresponsables des spéculateurs. Le Groupe des Verts tient à souligner, qu'il reste 2 mio. fr. sur le financement spécial "Impôts sur les personnes morales" et 5 mio. fr. sur le financement spécial "Impôts sur les personnes physiques". Ces montants ont été placés sur le compte de prélèvements sur financements spéciaux, en prévision d'années déficitaires. Il existe donc encore une certaine marge de manœuvre.

Des économies ont été réalisées par rapport au budget 2010, notamment sur le compte "Biens, services et marchandises". En raison du retard des travaux des Stades de Bienne, les amortissements ont pu être freinés. S'agissant des subventions, elles ont également subi une cure d'amaigrissement. Ceci a contribué à maintenir les comptes 2010 dans les limites prévues. Les Verts soutiennent la proposition du Conseil municipal: prélever 3 mio. fr. sur le financement spécial "Impôts sur les personnes morales", 3 mio. fr., en liquidant les réserves d'ESB et prendre 731'877 fr. sur le financement spécial "Capital de couverture des rentes et des prestations de sortie des membres à titre principal du Conseil municipal". Le Groupe des Verts approuve les comptes 2010.

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** "Der Wolf ist da" sage ich in Anlehnung an die Geschichte "Peter und der Wolf" oder vielmehr "Hans und der Wolf"... Nach Jahren roter Budgets und schwarzer Rechnungen glaubte niemand mehr daran, dass es einmal anders herauskommt. Auf den ersten Blick ist der Abschluss besser als im Budget angenommen. Das ist gut. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch klar, dass einige Faktoren dieses Resultat verfälschen. Das ist weniger gut. Die Rechnung weist ein Defizit von CHF 15,6 Mio. aus. Werden die Entnahmen aus der Spzialfinanzierung und die Auflösung der Rückstellungen weggelassen, welche das

Resultat verfälschen, beträgt das Defizit CHF 21,6 Mio.. Für die Fraktion Forum zählt grundsätzlich das operative Ergebnis. Die Rechnung enthält zudem CHF 21,7 Mio. nicht budgetierte Buchgewinne. Ohne diese sähe das Resultat nochmals viel schlechter aus. Ein Teil des schlechten Resultats ist auf den starken Rückgang der Steuereinnahmen juristischer und natürlicher Personen zurückzuführen. Diese sind rund CHF 18 Mio. tiefer als 2009. Diese Entwicklung zeichnete sich aber bereits 2008 ab. Es wurde immer davon ausgegangen, dass die Steuereinnahmen abnehmen würden, nur in welchem Ausmass war unklar. Entgegen dieser Erkenntnis erhöhte der Stadtrat munter Fixkosten. Ein Teil des Budgetdefizits liegt somit in der Verantwortung des Stadtrats. Durch die Schaffung neuer Stellen innert der letzten zwei Jahre erhöhten sich die Fixkosten dergestalt, dass sie nur noch mit relativ harten Massnahmen wieder reduziert werden können. Genau diese Schere zwischen steigenden Fixkosten und sinkenden Einnahmen führt zu finanzieller Handlungsunfähigkeit. Über Sinn oder Unsinn der Spezialfinanzierungen für juristische und natürliche Steuern äusserte sich der Stadtrat anlässlich deren Schaffung. Die damalige Haltung der Fraktion Forum hat sich seither nicht geändert: Sie findet, dass diese Spezialfinanzierungen kein taugliches Mittel sind und möglichst rasch aufgelöst werden sollten. Es macht wenig Sinn, CHF 10 Mio. in eine Spezialfinanzierung zu stecken, wenn nur CHF 3 Mio. wieder entnommen werden können, weil höhere Entnahmen zu hohe Anforderungen stellen. In der Hoffnung, dass der Stadtrat die Zeichen erkennt und bereit ist, für die nächsten Budgets Einsparungen zu machen, stimmt die Fraktion Forum dem Beschlussesentwurf zur Rechnung zu.

**Calegari Patrick, Fraktion BVP plus:** Die Rechnung 2010 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 15,6 Mio. ab. Immerhin ist dies CHF 5,5 Mio. besser als budgetiert. Wieder einmal wurde besser abgeschlossen als budgetiert. Zum Glück! Natürlich ist es besser so als umgekehrt. Trotzdem kommt die Fraktion BVP plus nicht umhin, festzustellen, dass zu wenig genau budgetiert wird, teilweise vielleicht sogar mit Absicht. Seit Jahren besteht die Tendenz, die Latte nicht allzu hoch anzusetzen, damit die Hürde leicht und ohne Anstrengung genommen werden kann. Die vielen Kreditüberschreitungen und Nachkredite belegen diese Aussagen. Hinzu kommt, dass Reservekonten angelegt werden sowie Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Umbuchungen getätigt werden. Dadurch wird es mühsam, alle Zusammenhänge nachzuvollziehen. Die Fraktion BVP plus ist davon überzeugt, dass viele Stadtratsmitglieder mit dieser komplexen Rechnungslegung überfordert sind. Ich bin ehrlich, bei mir ist dies der Fall! In der Verwaltung arbeiten Finanzprofis. Der heutige Finanzdirektor versteht etwas vom Fach. Die Finanzkontrolle macht ihre Arbeit sehr pflichtbewusst und nicht zuletzt wurde eine Revisionsfirma bestimmt, die ihre Fähigkeiten auch nicht mehr unter Beweis stellen muss. Die Fraktion BVP plus dankt allen, die etwas zur Rechnungslegung 2010 beigetragen haben und spricht sich für ein Eintreten aus.

**Güntensperger Nathan, Fraktion GLP:** Die Grünliberalen wollen langfristig nachhaltige Stadtfinanzen und den nachfolgenden Generationen keine Schulden überlassen. Das heisst, es darf nicht mehr ausgegeben werden, als vorhanden ist. Die Fraktion GLP setzt sich deshalb nicht nur für ein ausgeglichenes Budget ein. Ihr Ziel ist es, die Schulden innert einer Generation zu halbieren. Das heisst, es müssen Überschüsse generiert und zur Entschuldung eingesetzt werden. Die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit und nimmt mit

wenig Begeisterung Kenntnis von der vorliegenden Rechnung. CHF 15'635'976.- beträgt der Fehlbetrag, operativ ist er noch CHF 6 Mio. höher. CHF 3 Mio. kommen aus der Spezialfinanzierung Steuern juristische Personen (SGR 660.91), CHF 3 Mio. aus den Rückstellungen für Regulierungsrisiken aufgrund des Stromversorgungsgesetzes. Weshalb der Gemeinderat nicht die gesamten CHF 5 Mio. aus der Spezialfinanzierung entnommen und die Spezialfinanzierung natürliche Personen (SRG 660.92) nicht ebenfalls aufgelöst hat, ist der Fraktion GLP nicht klar. Einen Grund hierfür hätte es ja gegeben zudem hätte weniger Eigenkapital aufgelöst werden müssen. Vielleicht hofft der Gemeinderat, diese Spezialfinanzierungen in Zukunft wieder zu äufnen und so Steuerausfälle in schlechten Jahren elegant abfedern zu können? Wenn ich schon von den Spezialfinanzierungen spreche: 2010 wurden CHF 6 Mio. mehr in Spezialfinanzierungen eingelegt als entnommen. CHF 10,3 Mio. dieser Einlagen stammen von Buchgewinnen aus Finanzvermögen. Biel hat also schon wieder Land verkauft aber keines hinzu gekauft. Wann gedenkt der Gemeinderat, wieder einmal Land zu erwerben? Mit so parkiertem Geld könnten doch Schulden und damit Schuldzinsen getilgt werden... Gleichzeitig müsste mit den Verwirrspielchen mit den nahezu 25 Spezialfinanzierungen aufgehört werden, denn es geht doch nur um Bilanztricks, welche den Blick aufs Ganze erheblich trüben.

Zurück zur Rechnung: es ist offensichtlich, dass hauptsächlich die schweren Steuerausfälle (ausmachend CHF 18,9 Mio.) Schuld am Aufwandüberschuss sind. Das zeigt aber auch, wie gut es der Stadt vorher ging und wie wenig dies Vielen klar war. Der Aufwand und die Einnahmen stiegen gleichzeitig, jeweils im Vertrauen darauf, dass auch im Folgejahr wieder mehr Einnahmen generiert werden können. Diese Entwicklung muss unterbunden werden, denn die nächste Finanzkrise und ihre Auswirkungen lauern bereits hinter der nächsten Hausecke. Trotz des tiefroten Ergebnisses sieht die Fraktion GLP auch Positives. Mit Ausnahme des Personalaufwandes und der eigenen Beiträge, die aber grösstenteils auf der Einnahmeseite wieder kompensiert wurden, konnten alle anderen Rechnungsposten gegenüber 2009 mehr oder weniger gehalten werden. Das Budget wurde zum Teil sogar erheblich unterschritten, notabene beim Sachaufwand. Das Gejammer an der letzten Budgetsitzung, als die Fraktionen Forum und GLP ein Einfrieren des Sachaufwands auf den Stand von 2009 forderten, war somit fehl am Platz. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat nämlich genau das beschlossen. Was bleibt, ist der erhöhte Personalaufwand. Dort zeigen sich jetzt die Folgen der Personalpolitik der vergangenen zwei Jahre. Es sind nämlich genau diese rund CHF 2,6 Mio., die zusammen mit den knapp CHF 19 Mio. Steuerausfällen den Aufwandüberschuss von CHF 21,6 Mio. ausmachen. Die Fraktion GLP befürwortet ebenfalls das Eintreten auf die Vorlage.

**Isler Peter, Fraktion SP:** Ich mache immer gerne ein paar allgemeine Bemerkungen, was gewissen Leuten auf die Nerven geht, andern aber Freude bereitet... Bei denjenigen, die es nervt, möchte ich mich entschuldigen - denn ich tue es trotzdem. Soweit die Einleitung zur Einleitung.

Ich bin sehr froh, dass Herr Güntensperger auch noch ein paar positive Punkte fand, denn Kritik von griechisch "Kritiki" heisst nicht, einen Menschen oder eine Sache zu verurteilen, Kritik ist nichts weniger als die Kunst der Beurteilung. Ich sage dies zuhanden aller Schreibenden und Sprechenden, die sich den Verriss auf die Fahne geschrieben haben. Ihnen möchte ich in meiner masslosen Arroganz sagen, dass es

keine Schande ist, ein gutes Wort über einen Menschen, ein Geschäft, eine Aktion, eine Überzeugung zu verlieren. Ein Wort verlieren, wie man sagt. Gute, aufbauende, lobende Worte sind meistens keine verlorenen Worte, sie sind die Kunst der Beurteilung.

Zur Sache: alle wissen und beklagen es, die Rechnung schliesst mit einem hohen Defizit ab. Ein unhaltbarer Zustand, auch wenn es der Stadtrat gewusst, dem Budget zugestimmt und die Finanzstrategie zur Kenntnis genommen hat. Der Stadtrat wusste von diesem Defizit und ist in einem gewissen Sinn dafür mitverantwortlich. Selbstverständlich bin ich mir bewusst, dass von rechter Seite aber auch von der Mitte ernsthafte Forderungen geltend gemacht wurden, welche der Stadtrat jedoch nicht mittrug. Das Defizit beträgt ja eigentlich CHF 21 Mio.. Darauf möchte ich nicht nochmals zurückkommen. Es ist auch klar, dass die Fraktionen verschiedener Meinung sind, was die Spezialfinanzierungen anbelangt. In der Presse werden sie gerne "schwarze Kässeli" genannt, ich bezeichne sie lieber als Sparguthaben aus guten Zeiten. Viele Leute schätzen dies nicht, weil die Transparenz darunter leide. Die Spezialfinanzierungen sind transparent, sie sind vom Stadtrat bewilligt, für alle einsehbar und höchst willkommen, um nicht zu sagen genial. Sie können auch als zweckgebundenes Eigenkapital bezeichnet werden. Die Details der Spezialfinanzierungen sind auf Seite 163 der Rechnung aufgeführt. Es ist aber nötig, dass der Stadtrat die Rechnung versteht. Wenn er die Rechnung versteht und auch den Überschuss, dann ist es hilfreicher, die Rechnung 2010 mit der Rechnung 2009 zu vergleichen, nicht mit dem Budget. In dem Moment, wo die Rechnung vorliegt, hat das Budget seine Bedeutung verloren. Was hat sich geändert? Herr Güntensperger nannte mehrere Beispiele. Ich möchte noch zwei, drei hinzufügen.

Die Abgaben an den Kanton (Ausgaben) sind um CHF 4 Mio. auf CHF 50 Mio. angestiegen. Alle von mir genannten Beträge sind sehr hoch. Die eigenen Beiträge sind um CHF 3 Mio. angestiegen, was insbesondere auf eine Erhöhung der Beiträge an private Haushalte zurückzuführen ist, die um CHF 6 Mio. (8%) stiegen. Diese Entwicklung bereitet der Fraktion SP grosse Sorgen. Die Einlagen in die Spezialfinanzierungen sind CHF 11 Mio. höher als 2009. Dieser Betrag erscheint in der Rechnung als Ausgabe, aber eigentlich handelt es sich um zusätzliches Eigenkapital, auch wenn dieses nicht frei verfügbar ist. Ich möchte den Finanzdirektor bitten, zu diesem Punkt noch Stellung zu nehmen. Wie können CHF 11 Mio. in Spezialfinanzierungen fliessen, wenn gleichzeitig dadurch ein Defizit von CHF 15 Mio. entsteht? Der Vorgang an und für sich ist korrekt, ich möchte aber trotzdem, dass sich der Finanzdirektor dazu noch äussert.

Wo sind die grössten Differenzen bei den Einnahmen zu finden? Wie bereits erwähnt, betrifft dies vor allem die Steuereinnahmen. Die juristischen Personen zahlten nur noch CHF 13 Mio. statt wie 2009 CHF 27 Mio.. Dies ist ein Rückgang von 52%. Auch dies eine Tatsache, die nicht direkt beeinflusst werden kann. Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen gehen demgegenüber von CHF 89 Mio. auf CHF 84 Mio. (5%) zurück. Es muss immer wieder gesagt werden, dass die natürlichen Personen, also beispielsweise die hier Anwesenden, 76% aller Steuereinnahmen leisten. Es ist also von vorrangiger Bedeutung, dafür zu sorgen, dass diese normalen, natürlichen Menschen sich in Biel wohl fühlen, wie dies übrigens auch für die Unternehmen immer wieder gefordert wird. Beides ist wichtig. Wie soll es weitergehen? Das Resultat der Zahlenanalyse ist ernüchternd. Die

grossen Rechnungsposten können nicht oder nur schwer und sicher nur langfristig beeinflusst werden. Trotzdem ist es wichtig, zu sagen, dass Biel so rasch als möglich zu einer ausgeglichenen Rechnung zurückfinden muss. Was kann der Stadtrat tun, was ist seine Aufgabe und was liegt in seiner Verantwortung? Kann er Sparvorschläge machen und Sparpakete schnüren? Ja, sicher - aber nur sehr begrenzt! Es ist hauptsächlich der Gemeinderat, der zusammen mit dem Verwaltungskader den Überblick hat. Dieser Personenkreis verfügt über das Wissen und die Möglichkeit, wirksame Massnahmen zu finden. Der Stadtrat wird diese unterstützen, wenn er sie als opportun erachtet. Der Gemeinderat hat diese Aufgabe und trägt die Verantwortung. Die Fraktion SP hat das allergrösste Interesse daran, dass die Rechnung so rasch als möglich wieder ausgeglichen gestaltet wird. Der Stadtrat kann zwar strategische Aussagen machen, was wiederum heisst, dass die Finanzstrategie eigentlich nicht zur Kenntnis genommen, sondern beschlossen werden sollte. Der Stadtrat sollte mitreden können. Darauf kann im nächsten Traktandum eingegangen werden. Die Vorgaben, welche der Gemeinderat macht, können ja auch diskutiert werden. Der Gemeinderat plant 2013 wieder eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Vielleicht wäre dies aber auch schon 2012 - oder doch erst 2013 möglich? Was würde dies für die Stadt bedeuten? Dazu sollte der Stadtrat Stellung nehmen können. Eine reine Kenntnisnahme genügt nicht.

Zum Abschluss darf aber auch gesagt werden, dass die BielerInnen in einem gut funktionierenden Staat leben, woran der Gemeinde- und auch der Stadtrat einen hohen Anteil haben. Die Fraktion SP hat nichts dagegen, wenn von bürgerlicher Seite Sparvorschläge formuliert werden, auch wenn diese nicht ihren Vorstellungen entsprechen. Sie vertritt eben eine andere Meinung. Dies ist die hohe Schule der Demokratie. Wenn diese Vorschläge so vorgebracht werden, wie dies Herr Kaufmann tut, hat die Fraktion SP erst recht nichts dagegen. Denn er tut es aus Überzeugung, ohne andere zu verunglimpfen, die seine Meinung nicht teilen. Ich habe in Rat und Presse auch schon anderes erlebt...

Nun möchte ich noch auf zwei positive Punkte aufmerksam machen: Erstens hat sich die Summe der Spezialfinanzierungen um CHF 5,2 Mio. erhöht (allerdings nahm auch das Eigenkapital um CHF 15 Mio. ab). Zweitens sind die Passivzinsen nicht gestiegen. Dies ist eine äusserst wichtige Feststellung, denn oft sind es die Zinsen, welche die Gemeinwesen in ihrer Handlungsfähigkeit einschränken. Die Fraktion SP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Rechnungsführung und ist mit dem Beschlussesentwurf des Gemeinderats einverstanden.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Besten Dank für die lobenden Worte an die Verwaltung, welche ich gerne weiterleite. Es könnte gesagt werden, es sei ein Defizit von CHF 21 Mio. budgetiert gewesen und operativ sei auch ein Defizit von CHF 21 Mio. erreicht worden. Endlich eine Rechnung, die dem Budget entspricht! Ich denke aber, dies wäre der falsche Ansatz. Ein Defizit von CHF 21 Mio. ist nun einmal wirklich unbefriedigend! Es ist eine hohe Summe. Ich gehe dabei von der operativen und nicht von der Nettosumme aus, denn ausschliesslich die operative Zahl ist entscheidend für die längerfristige Entwicklung. CHF 21 Mio. Defizit sind bereits zuviel, aber auch ein solches von CHF 15 Mio.. Das Eigenkapital sank in einem Jahr von CHF 52 Mio. auf CHF 37 Mio.. Ginge es noch zweieinhalb Jahre gleich weiter, wäre das ganze Eigenkapital aufgebraucht... Das zeigt, dass der Handlungsspielraum nicht sehr gross und die Zeit des Zuwartens, bis die nötigen Massnahmen ergriffen werden, nicht sehr

lang ist. Die nötigen Massnahmen beginnen damit, die Ausgaben nicht zu erhöhen. Deren Senkung ist dann der nächste Schritt. Um die Rechnung in den Griff zu bekommen, ist es entscheidend, bei neuen Ausgaben Mass zu halten. Ist kein Eigenkapital mehr vorhanden, ist nicht nur der finanzielle Spielraum eingeschränkt, sondern es dürfen auch keine Defizite mehr budgetiert werden. Ich bitte den Stadtrat, sich dessen bewusst zu sein. Das kantonbernische Recht lässt es nicht zu, dass Gemeinden Defizite budgetieren, wenn kein Eigenkapital mehr vorhanden ist. Ab diesem Zeitpunkt kann nicht mehr darüber diskutiert werden, ob Massnahmen heute, morgen oder lieber erst übermorgen ergriffen werden sollen. Auch wenn es manchmal schmerzhaft ist, hat rechtzeitiges Handeln für einen gesunden Finanzhaushalt letztendlich auch mit sozialer Politik zu tun. Ein leistungsfähiger Staat braucht einen gesunden Finanzhaushalt. Ein Staat in einer finanziellen Schräglage kann seine Aufgaben gegenüber der Bevölkerung nicht mehr im gleichen Mass wahrnehmen. Letztendlich wird ein Staat ja nicht zum Selbstzweck betrieben, sondern weil er Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit erfüllt. Über die Zukunftsaussichten möchte ich später, bei der Finanzstrategie sprechen. Nun möchte ich auf die in den Voten genannten Fragen und Feststellungen eingehen.

Der GPK-Sprecher erwähnte, bei der Budgetierung sei gesagt worden, ein Defizit von CHF 20 Mio. sei verkraftbar. Das waren sicher nicht meine Worte aber ich weiss auch nicht mehr, wer das gesagt hat. CHF 20 Mio. sind nicht gut verkraftbar, was sich in der Entwicklung des Eigenkapitals ersehen lässt. Ein solches Defizit ist vielleicht einmal verkraftbar, aber sicher nicht wiederholt. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass das Defizit CHF 18 Mio. betragen würde, wenn keine Rückstellungen für Regulierungsrisiken im Zusammenhang mit dem Stromversorgungsgesetz hätten aufgelöst werden können. Glücklicherweise obsiegte Biel in diesem Verfahren. Ohne das Polster der Spezialfinanzierung Steuern juristische Personen würde das Defizit gar CHF 21 Mio. betragen. Darauf komme ich nachher nochmals zurück. Die Landverkäufe respektive die Buchgewinne aus Landverkäufen nahmen ab, das stimmt. Es ist aber auch eine Tatsache, dass je länger je mehr zweckgebundene Buchgewinne realisiert werden können. Verschiedene diesbezügliche Geschäfte wurden getätigt. Ich erinnere an das Geschäft Gygax-Areal, den Verkauf an die Swatch Group AG oder an das Geschäft Esplanade. Diese Einnahmen sind aber zweckgebunden.

Zur Frage, wann die Stadt wieder einmal Land kaufen wolle: Herr Güntensperger, ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass Sie die Bodenpolitik des Gemeinderats unterstützen. Land soll wo möglich behalten werden, das Tafelsilber vermehrt nicht vermindert werden. Das heisst, dass die Fraktion GLP offenbar auch für Baurechte einsteht. Dies sind gute Nachrichten. In der Tat kam es in den letzten Jahren vermehrt zu grösseren Verkäufen. Dieses Jahr tätigte die Stadt einen kleinen Zukauf im Bözingenfeld, verkaufte aber bisher nichts. Dieses Thema muss über eine längere Periode beurteilt werden. Im Vorfeld der Expo.02, zu Zeiten des Renfer-Areals oder des Masterplans, kaufte die Stadt massiv viel Land, um die Stadtentwicklung über Jahre voranzutreiben. Es gab also jeweils verschiedene Zyklen. Klar ist aber, dass das Tafelsilber langfristig vermehrt werden sollte. Ich stelle daher die gleiche Frage wie Herr Rüfenacht: wann kommen wieder fette Jahre? Wirklich fette Jahre sind vorderhand nicht in Sicht. Doch die Finanz- und Wirtschaftskrise Ende 2008, Anfang 2009 hatte insgesamt nicht die damals befürchteten dramatischen Auswirkungen. Trotzdem war es die grösste Krise seit den 1930er-Jahren. Deren Auswirkungen sind

in der Rechnung 2010, insbesondere beim Steuerertrag bei den juristischen Personen, sichtbar. Bis zu einem gewissen Grad werden sich die Unternehmen erholen. Die Steuereinnahmen werden aber vorläufig nicht mehr auf das Niveau vor der Krise ansteigen. Auch wenn es der Wirtschaft und insbesondere den in Biel ansässigen Industriezweigen wie der Präzisions-, Uhren- und Maschinenindustrie wieder besser geht, ist es eine Tatsache, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht bewältigt ist. Die Schuldenprobleme einiger Länder und der Zerfall der Leitwährungen Dollar und Euro sind nicht zuletzt Spätfolgen davon, dass enorme Geldmengen in den Wirtschaftskreislauf gepumpt werden mussten, um 2009 den totalen Kollaps zu verhindern. Diese Effekte bremsen das Wachstum. Es gibt in der Region Unternehmen, welche mengenmässig (in Stück oder Kilo) hervorragende Verkaufszahlen aufweisen. Trotzdem haben sie ein Ertragsproblem, weil mit dem Wechselkurs auch die Margen erodieren. Dadurch werden auch die städtischen Steuereinnahmen plafoniert.

Herr Rüfenacht sagte weiter, die Idee zwei Spezialfinanzierungen im Bereich Steuern zu schaffen, sei schlecht gewesen. Ich hingegen bin der Meinung, dass dies - rein wirtschaftlich betrachtet - eine gute Idee war. Ein Unternehmen bildet in guten Jahren Rückstellungen, um in schlechten Jahren davon zehren zu können. Einem Staat ist diese Möglichkeit verwehrt, es sei denn, er greift auf das Instrument von Spezialfinanzierungen zurück. Rückstellungen machen aber auch für einen Staat Sinn. Er soll sich aber bei seinen Ausgaben nicht an den besten Jahren orientieren, denn das kann er langfristig nicht durchhalten. Der Staat soll aber seine Leistungen auch nicht massiv kürzen müssen, wenn es einmal schlecht läuft. Die Bevölkerung erwartet konstante, auf mittlerem Niveau gehaltene Leistungen, die langfristig finanzierbar sind. Hierfür braucht es Schwankungsreserven. Ich gebe Herrn Rüfenacht aber recht, dass die Frage, wie diese eingelagerten Gelder wieder ausgelöst werden können, nicht vollständig durchdacht wurde. In den Reglementen steht, es gelten die ordentlichen Finanzkompetenzen mit fakultativem und obligatorischem Referendum. In der Tat ist die Differenz zwischen Budget und Rechnung bei den Steuern der juristischen Personen so hoch, dass eigentlich die ganze Spezialfinanzierung hätte aufgelöst werden können. Wirtschaftlich wäre dies gerechtfertigt gewesen. Bei den Steuern der natürlichen Personen waren demgegenüber CHF 81 Mio. budgetiert, es wurden aber CHF 84 Mio. eingenommen (Herr Isler wies auf die Wichtigkeit der Menschen aus Fleisch und Blut hin). Diese Spezialfinanzierung darf damit nicht angetastet werden. Nur bei einer Unterschreitung der budgetierten Steuereinnahmen darf darauf zurückgegriffen werden. Dennoch macht sich die Finanzdirektion zur Entwicklung der Rechnung des laufenden Jahres Gedanken, insbesondere darüber, wie mit diesen Spezialfinanzierungen in den kommenden Jahren umgegangen werden soll, ob die Zweckbestimmung allenfalls abgeändert oder die Spezialfinanzierungen aufgelöst werden sollen. Der Gemeinderat wird darüber zu gegebener Zeit berichten.

Steigende Fixkosten sind bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich. Daneben gilt es, die Teuerung und andere Entwicklungen zu beachten. Gerade die Teuerung generiert auch Mehreinnahmen in Form von Steuererträgen. Solange Fixkosten und Mehreinnahmen beide proportional wachsen, ist auch ein Ansteigen der Fixkosten vertretbar. Es muss aber verhindert werden, dass die Fixkosten überproportional anwachsen, da gebe ich Herrn Rüfenacht recht. Die höchsten Ausgaben (in dreistelliger Millionenhöhe) sind aber gebundene Ausgaben, welche dem

Lastenausgleich unterliegen oder mit welcher Sozialhilfe geleistet wird. Diese gebundenen Ausgaben schränken aber den Spielraum der Stadt bei der Budgetgestaltung und bei den finanziellen Massnahmen ein. Frau Magnin, es stimmt, dass die Bevölkerung nicht Schuld ist an der Finanz- und Wirtschaftskrise. Leider lebt aber auch die Bieler Bevölkerung nicht auf einer Insel und muss daher ihren Beitrag leisten, um die Stadtfinanzen in dieser schwierigen Situation zu stabilisieren. Der Gemeinderat ist jedoch der Meinung, dass dies mittels der bisher vorgeschlagenen Massnahmen in einem vertretbaren Rahmen geschieht. Absolut mit Ihnen einig bin ich, was Ihre Aussage anbelangt, dass sich der Staat antizyklisch verhalten soll. Gerade aus dieser Sichtweise heraus ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Schaffung der Spezialfinanzierungen Steuern juristische und natürliche Personen richtig war.

Neue Einnahmen sind aber immer auch ein Thema. Ich finde aber, dass solche erst nach der Überprüfung der Ausgaben ins Auge gefasst werden sollten. Zuerst muss immer die Frage gestellt werden, welche Ausgaben nötig und gerechtfertigt sind. Erst wenn entschieden wurde, dass alle Ausgaben notwendig sind und die Finanzen nicht reichen, muss über die Einnahmeseite diskutiert werden. Wird hingegen vorgängig die Einnahmeseite angeschaut, führt dies zu einer Aufblähung des Finanzhaushalts, die niemand will. Es wäre schön, wenn die Steuersenkung am Defizit von CHF 15 Mio. schuld wäre. Dieses könnte so relativ einfach korrigiert werden. Es ist aber eine Tatsache, dass der Einbruch bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen erfolgte, nicht bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Letztere machen nur einen knappen Viertel aller Steuereinnahmen aus. Mit der Steuersenkung um 0,05% verschenkte die Stadt CHF 3 Mio.. Die Hauptursache für die heutige Finanzsituation ist also in der Wirtschaftslage, respektive bei den fehlenden Gewinnen der Unternehmen, zu suchen, nicht bei der Steuersenkung. Leider reichen die Reserven aus der Spezialfinanzierung Steuern juristische Personen nicht einmal aus, um die Steuerauffälle des letzten Jahres zu decken. Der Handlungsspielraum ist damit nicht sehr gross. Ebenfalls keine gute Nachricht ist der Umstand, dass keine Abschreibungen für die Stades de Bienne getätigt werden müssen. In der Rechnung sieht das zwar gut aus, weil massiv weniger Abschreibungen ausgewiesen sind. Entsprechend konnten aber auch keine Entnahmen aus der Spezialfinanzierung getätigt werden. Damit ist dieser Umstand rechnungsneutral. Es ist demnach auch nicht so, dass bei den Abschreibungen hätte gespart werden können.

Die Herren Kaufmann und Isler fragten nach den Buchgewinnen. Diese betragen CHF 21 Mio., sind aber aus der Rechnung nicht ersichtlich. 2010 flossen nur wenige Buchgewinne in die Rechnung, da fast alle Gewinne bereits zweckgebunden sind. Diese Gelder werden also direkt einem entsprechenden Konto in der Buchhaltung zugewiesen und erscheinen daher nicht als Einnahmen. Ich hoffe mit Herrn Kaufmann, dass sich der Stadtrat bewusst ist, dass die Ausgaben nun stabilisiert werden müssen. Im Moment geht es noch nicht um drastische Massnahmen. Um solche aber zu vermeiden, muss im Moment Mass gehalten werden, so sehr auch die Lust und das Bedürfnis für Mehrausgaben vorhanden sind. Herr Calegari sagte, es gebe eine massive Verbesserung zwischen Budget und Rechnung. Dies kann man so sehen. Für sich gesehen sind CHF 6 Mio. ein grosser Betrag. Leider ist dies aber aus den vorher genannten Gründen eindeutig zu wenig, da zu viel Eigenkapital verwendet werden musste. Ich danke dennoch für Ihr Lob an die Verwaltung und möchte



gleichzeitig den Vorwurf zurückweisen, dass absichtlich zu hoch budgetiert worden sei. Das ist definitiv nicht der Fall. Die Verwaltung versucht nicht, absichtlich pessimistisch zu budgetieren, um dann möglichst hohe Abweichungen ausweisen zu können. Für gewisse Posten ist das Budgetieren aber schlicht nicht einfach, beispielsweise bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen, welche dem Doppeleffekt der Rückzahlungen unterworfen sind. Als das Budget 2010 erarbeitet wurde, konnte noch niemand ahnen, wie sich die Wirtschaftskrise auswirken würde. Damit muss die Stadt leider leben.

Herr Güntensperger, leider können mit den Geldern aus den Spezialfinanzierungen keine Schulden getilgt werden. Spezialfinanzierungen sind Passive, welche aus Sicht der Erfolgsrechnung zurückgestellt wurden. Dieser Vorgang hat keinen Einfluss auf die Kasse. Das Geld wurde zwar erarbeitet, aber damit auch bereits dafür eingesetzt, Schulden zu tilgen. Betrachtet man die Finanzstrategie, respektive die Diagramme in der Rechnung, wird ersichtlich, dass die Schulden in den letzten 15 Jahren massiv reduziert werden konnten. Eine nochmalige Halbierung der Schulden ist aber ausserhalb der Reichweite der Stadt. Ich wäre im Gegenteil schon sehr froh, wenn die Verschuldung nun nicht wieder massiv zunähme. Die Tatsache, dass im Moment ein grosser Investitionsbedarf vorhanden ist und somit Ausgaben getätigt werden müssen, momentan aber die Gewinne fehlen, hat zur Folge, dass wohl eher wieder Geld aufgenommen werden muss. Dadurch werden auch die Schuldzinsen wieder ansteigen. Die guten Jahre in diesem Bereich sind damit vorbei...

## **Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion**

**Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion:** La Commission de gestion a traité les comptes de la Direction de la formation, de la prévoyance et de la culture (FPC) avec le plus grand sérieux. Nous avons, en effet, posé un certain nombre de questions relatives aux comptes 2010 à la FPC et avons obtenu des réponses satisfaisantes. Il est vrai, que les comptes de cette direction représentent près de la moitié du budget communal, ce qui est effectivement une somme importante. Les comptes de la FPC regroupent différents services de grande considération pour la Ville de Bienne et sa population. Les comptes 2010 de la FPC présentent de meilleurs résultats qu'escompté: une diminution des charges de 6,56 mio. fr. ainsi qu'une diminution des revenus de 4,49 mio. fr. Il s'agit là d'une amélioration de l'ordre de 2 mio. fr. par rapport à ce qui avait été budgété. Cette évolution a notamment été obtenue grâce aux efforts mis en place pour limiter les dépenses, en particulier en ce qui concerne les charges de personnel et les frais généraux. Il s'agit d'un effort considérable, si l'on tient compte de l'augmentation de la charge de travail à laquelle cette direction a dû faire face.

Malgré une augmentation des subventions accordées, représentant environ 8% du montant budgété pour la FPC (augmentation qui semble raisonnable en temps de crise économique), il convient de souligner qu'une partie des charges de cette direction font état de dédommagements à des collectivités publiques du Canton (comptes 351 et 451 en augmentation par rapport à 2009), pour lesquels il n'y a malheureusement aucun moyen d'action sur le plan communal. Probablement, de meilleures perspectives au niveau du Parlement cantonal sont espérées. Cependant, au vu des dernières nouvelles concernant le budget du Canton, une diminution des

montants restitués est fort probable. Le point positif des comptes 2010 de la FPC concerne justement l'augmentation des financements pris en charge par le Canton, à hauteur de 8 mio. fr. cette année.

J'aimerais revenir sur le point concernant les frais occasionnés par les changements de caisses-maladie, à la charge de la Ville de Bienne. Monsieur Moeschler l'a expliqué. J'aimerais néanmoins relever, que le compte 450 31800000 relatif à ces frais de caisses-maladie, budgété à 429'500 fr., se solde par un montant de 709'015 fr. Il s'agit d'un montant considérable et la question qui se pose est de savoir: au vu des décisions cantonales, quelles seront les répercussions sur les ménages arrivant financièrement déjà difficilement à la fin du mois? Comment vont-ils pouvoir supporter cette charge supplémentaire? Pour finir sur une note plus encourageante, je tiens spécialement à remercier la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture ainsi que tout le personnel de cette direction pour son travail et les efforts accomplis afin de réduire le déficit, tout en continuant à répondre aux attentes des personnes en situation précaire dans notre Ville. La Commission de gestion recommande d'accepter cette partie des comptes à l'unanimité.

**Nicati Alain, au nom du Groupe Forum:** Dans la présentation actuelle des comptes, il est très difficile de savoir quelle partie des comptes est prise en charge par la Ville de Bienne et quelle partie est prise en charge par le Canton. C'est un problème récurant, qui perdure depuis des années. J'ai eu l'occasion de m'entretenir à maintes reprises avec Monsieur Jean-Maurice Rasper, responsable des finances, à ce sujet. À titre d'exemple, concernant les postes 402, 404 et 450 à 490 des comptes de la FPC, il n'est pas clair où s'arrêtent les uns et où commencent les autres! Le Groupe Forum attire votre attention sur ce problème. Il est primordial, que lors de l'élaboration du budget, que les postes soient détaillés de telle manière que l'on puisse percevoir quels montants sont à la charge de la Ville de Bienne et quelles sommes sont remboursées par le Canton.

**Chevallier Barbara, au nom du Groupe socialiste:** Le Groupe socialiste a pris connaissance, avec intérêt, des résultats présentés par la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture. Les comptes 2010 ne présentent, à notre avis, pas de grandes surprises et nous les approuvons. Les comptes 2010 se soldent par un excédent de 2 mio. fr. par rapport au budget. C'est l'occasion de souligner les efforts déployés par la FPC, pour maîtriser les dépenses dans les domaines de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture. Trois chiffres sont particulièrement éloquents et ont partiellement déjà été évoqués ce soir. Il s'agit du poste 450, relatif aux charges des affaires sociales pour 2010, d'un montant de 81'545'607 fr. Ce poste est en diminution de 3,4 mio. fr. par rapport à la somme budgétée, mais il présente tout de même une augmentation de 6,5 mio. fr. des charges comptabilisées en 2009. Même si cette augmentation des charges était prévue, elle est tout de même inquiétante. Les charges sont préoccupantes pour la Ville de Bienne ainsi que pour les personnes tributaires de l'aide sociale. Les conséquences de la crise économique se manifestent. Le chômage a augmenté et touche plus particulièrement les personnes peu ou pas formées. Une fois dépendantes de l'aide sociale, ces personnes ont beaucoup de peine à réintégrer le marché du travail. Il est primordial de tout faire pour inverser cette situation. Il est de notre devoir de soutenir le Service d'intégration professionnelle, afin qu'il puisse continuer à effectuer son travail dans les meilleures conditions possibles.

J'aimerais également évoquer la question relative aux dépenses des transferts des dossiers des caisses-maladie, d'un montant de 279'515 fr. Ce constat est amer, mais ceci nous renvoie à une question primordiale: quelle est la responsabilité politique et sociale dont il faut faire preuve, face à ces personnes démunies, qui se trouvent dans des situations dramatiques?

Une autre remarque concerne le compte 424 31400000 (page 127) "Prestations de tiers pour l'entretien des immeubles". Les charges se montent à 1'056'472 mio. fr., alors que le budget était de 757'000 fr. Cette augmentation résulte des frais occasionnés par les dégâts sur les immeubles causés par des actes de vandalisme. Là également, il est crucial de ne pas fermer les yeux sur cette question et de savoir déployer plus d'efforts pour contenir ce problème, soit par la voie préventive, soit par la mise en place d'actions répressives.

Pour finir, la question des bénéficiaires comptabilisés en faveur des crèches interpelle toujours le Groupe socialiste. À la page 129, le compte 428 46382700 "Bénéfice des crèches" affiche un revenu de 161'634 fr. Après vérification, ce chiffre ne traduit pas un bénéfice réel, mais un bénéfice comptable, en raison du décalage de l'année scolaire sur l'année civile. Je prie le Conseil municipal de nous donner quelques explications complémentaires à ce sujet.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Ich habe nur eine kurze Frage zum Konto 45200.36545201 BBK Betriebs- und Betreuungskosten (Seite 135): Für dieses Konto wurden rund CHF 1,2 Mio. budgetiert, die Rechnung weist aber Ausgaben in der Höhe von ungefähr CHF 1,8 Mio. aus. Dies entspricht damit einer Budgetüberschreitung von rund CHF 500'000.-. Ich möchte wissen, wie diese Differenz zustande kam.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Je vous remercie pour vos analyses pertinentes sur les comptes de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture. Vous avez souligné que le résultat comptable de l'année 2010 est meilleur qu'escompté. La FPC en est particulièrement satisfaite. Ce résultat récompense les efforts déployés par notre direction de ne pas dépasser les montants budgétés. J'aimerais également relever, que certains facteurs sujets à des modifications en cours d'année nous ont été particulièrement favorables, améliorant ainsi le résultat comptable 2010 de la FPC. Vous avez relevé la question des charges liées à l'aide sociale. Ces charges sont effectivement moins importantes que ce qui avait été budgété pour 2010. En effet, il convient de souligner, que les effets de la crise ont été évalués de manière trop pessimiste et que l'évolution constatée n'a finalement été que de +8% par rapport aux comptes 2009. Dans un premier temps c'est un soulagement, mais cette augmentation se poursuit graduellement en 2011.

En ce qui concerne la préoccupation évoquée par Madame Morier-Genoud par rapport aux conséquences de l'augmentation des primes d'assurance maladie pour les bénéficiaires de l'aide sociale et les mesures prises à ce sujet sont effectivement des situations difficiles, mais le délai d'un mois imposé par le Canton, pour opérer les changements de caisses-maladie nécessaires, était tout simplement insuffisant. Par

ailleurs, les bénéficiaires de l'aide sociale doivent également assumer une certaine responsabilité en suivant les indications des assistantes et assistants sociaux.

Monsieur Nicati s'interroge sur la possibilité de mieux pouvoir différencier, dans la structure du rapport des comptes, la répartition des coûts à la charge de la Ville de Bienne et du Canton. Il faut effectivement être aux affaires pour y voir plus clair. L'aide sociale, au sens large du terme, est admise dans la répartition des charges. S'agissant de l'aide sociale institutionnelle, il apparaît que les frais facturés par certaines institutions, notamment Spitex, sont prises en charge par le Canton, alors que d'autres ne le sont que partiellement et d'autres pas du tout. Il y a là des nuances que l'on ne peut connaître, que si on est aux affaires en cours d'année. Le salaire des enseignants, par exemple, relève d'une péréquation financière différente, alors que le domaine des crèches, des écoles à journée continue et de l'animation de jeunesse est également admis dans la répartition des charges. Ces décisions cantonales peuvent varier selon le domaine et l'institution. Il n'y a donc pas de règle commune à l'ensemble des domaines et des institutions. Madame Javet (adjointe de direction/responsable des finances à la FPC) est spécialiste dans ce domaine et pourra vous donner tous les renseignements nécessaires. Nous vous prions de nous faire parvenir vos questions en temps voulu, afin d'y répondre dans les meilleurs délais. Je tiens à signaler, que la réflexion politique cantonale dans ce domaine a tendance à dire, que l'admission de certains domaines à la répartition des charges pose problème, car elle déresponsabilise les communes. L'évolution souhaitée tend vers une augmentation de la participation financière des communes, en particulier en ce qui concerne les ouvertures de classes et les institutions sociales.

S'agissant des remarques de Madame Chevallier concernant l'évolution des coûts liés à la crise économique, il faut savoir que cette crise n'est pas terminée. Lorsque la crise économique sera derrière, la FPC mettra tout son engagement dans la réinsertion professionnelle des bénéficiaires de l'aide sociale. Néanmoins, le grand problème qui se pose après une crise économique est que souvent l'économie s'empresse d'engager du personnel qualifié. Les personnes tributaires de l'aide sociale étant majoritairement peu, voire pas du tout formées, elles doivent souvent attendre, avant de pouvoir être engagés par les entreprises et décharger ainsi notre direction. Je transmettrai au Service d'intégration professionnelle les remerciements et les encouragements que vous avez formulés. Comme vous l'avez certainement appris, la FPC examine actuellement les possibilités de régionalisation du Service d'intégration professionnelle.

Le FPC a fait face, l'année dernière, à un accroissement des coûts en matière de vandalisme dans les bâtiments scolaires. Une réflexion à ce sujet est nécessaire. Le Conseil municipal a prévu de discuter cette question lors de sa prochaine séance du 24 juin 2011 avec la Direction de la sécurité.

En ce qui concerne le bénéfice figurant sur le compte des crèches, il n'est pas interdit à mon avis, de faire figurer un bénéfice en faveur des crèches municipales. Cet excédant provient d'une part de la vente des repas apprêtés par les crèches et destinés aux écoles à journée continue et d'autre part, des subsides accordés l'année dernière par le Canton pour des places supplémentaires et qui n'ont pas été occupées toute l'année.

Enfin, Monsieur Güntensperger s'interroge sur les mesures de réinsertion professionnelle (POIAS). En ce qui concerne les dépenses émanant du Centre de compétence d'intégration, ce service mandate un certain nombre de prestataires pour la réinsertion des personnes tributaires de l'aide sociale sur le marché du travail. Ces dépenses proviennent des contrats liés à ces prestations. Ce poste est compensé dans les comptes par les recettes des financements spéciaux. Par souci de transparence, la FPC avait mentionné, lors de l'établissement du rapport sur les comptes 2010, ces positions détaillées, en mentionnant les divers contrats passés avec les prestataires, alors que dans la présentation des comptes 2009, la FPC avait simplement inscrit le montant global en marge, sans en détailler le contenu. Je serais heureux de vous fournir plus d'informations à ce sujet par la suite.

## **Präsidiastab**

**Güntensperger Nathan, GLP:** Zum Präsidiastab habe ich zwei Fragen:

1. Bei der Rechnung der CTS möchte ich wissen, was es mit dem ausserordentlichem Aufwand von CHF 700'000.- auf sich hat. Leider konnte ich den Leiter der CTS Finanzen, Herrn Hans-Peter Nydegger, nicht erreichen, um ihm diese Frage zu stellen.
2. Offensichtlich hat die Stadt von Herrn Francis Meyer für CHF 75'000.- historische Postkarten gekauft. Kein riesiger Betrag, keine Frage. Dennoch: Nach einem kleineren Telefonmarathon durch die halbe Stadtverwaltung landete ich beim Stadtarchiv. Niemand, auch die Stadtarchivarin nicht, konnte mir jedoch sagen, um wieviele Postkarten es sich bei dieser Sammlung handelt und wieviele davon Originale und wieviele Kopien sind. Ich finde, man sollte sich vor der Ausgabe von CHF 75'000.- versichern, ob man nicht die Katze im Sack kauft... Wer weiss, was für Postkarten in diesen Kisten sind und welchen Wert sie haben...?

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Der ausserordentliche Aufwand der CTS beinhaltet Mehreres: Einerseits geht es um den Aufwand für das Betriebskonzept und Ähnliches im Hinblick auf die Stades de Bienne. Andererseits mussten Ausgaben im Zusammenhang mit dem Wechsel des Gastronomiebetreibers und der Abgrenzung der Nebenkosten zum Kongresshaus-Hochhaus getätigt werden. Der ausserordentliche Aufwand setzt sich also aus mehreren Elementen zusammen.

Herr Güntensperger: Wenn Frau Greder die Postkarten der Sammlung von Herrn Meyer noch nicht zählen konnte, wird Ihnen heute Abend niemand beantworten können, um wieviele es sich handelt. Eine solche Sammlung wird nicht aufgrund einer buchhalterisch genauen Zusammenstellung des Inhalts gekauft, sondern sie wird von Sachverständigen - wie dies der Gemeinderat auch veranlasste - geschätzt. Es war übrigens gar nicht so einfach, eine kompetente Fachperson zu finden: Die gefundene Spezialistin kam aus Deutschland, ich kann mich allerdings nicht mehr an ihren Namen erinnern... Natürlich hat eine solche Sammlung auch einen emotionalen Wert für Biel. Insgesamt kam der Gemeinderat daher zum Schluss, dass die Sammlung CHF 75'000.- wert ist. Dieser Betrag liegt zwar etwas über dem Schätzpreis von rund CHF 55'000.-, obwohl ich den genauen Betrag nicht mehr im Kopf habe. Dass die Sammlung dennoch erworben wurde, hat auch mit ihrer Einmaligkeit zu tun und mit dem Wunsch von Seiten der Denkmalpflege und des Hochbaus. Die Sammlung enthält auch viele Bilder von alten Gebäuden, so dass deren ursprüngliches

Aussehen belegt werden kann. Werden im Baubereich Projekte entwickelt, kann dieses Bildmaterial somit hilfreich sein und bleibt der Stadt nun für alle Ewigkeit erhalten. Ich denke, die Ausgaben für die Sammlung werden nach den ersten 15 oder 20 Restaurierungen historischer Gebäude amortisiert sein. Klar kann über den Preis diskutiert werden. Ich denke auch, dass CHF 75'000.- Steuergelder viel sind. Doch dafür besitzt Biel nun eine bildliche Dokumentation der letzten 100 Jahre Stadtgeschichte. Ich denke, aus diesem Blickwinkel heraus hat sich die Investition gelohnt.

Eine Arbeitsgruppe ist im Moment daran, die Bieler Stadtgeschichte zu erarbeiten, und zwar von den Anfängen bis zur Gegenwart. Sicher könnte auch dieses Bildmaterial dafür verwendet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ich erinnere an den berühmten Bildband Biel-Bienne Photographien/Photographies von Herrn Ernst Kuhn (1874-1969). Es handelt sich um ein grosses, schweres Buch, welches auch den 100-jährigen BielerInnen jeweils offeriert wird. Gleichzeitig ist es aber auch das einzige Buch, welches die Stadt selber herausbrachte und das auch regelmässig gekauft wird. Es zeigt sich also, dass Bilder mehr Interessierte ansprechen als Textbeiträge, nicht zuletzt auch weil Bilder schneller verinnerlicht werden können. Zusammenfassend kam der Gemeinderat somit zum Schluss, die Sammlung sei den geforderten Preis wert.

## Finanzdirektion

**Sutter Andreas, GPK:** Die GPK studierte auch diese Direktion detailliert und stellte vier Fragen (welche ihr im Vorfeld der Sitzung bereits beantwortet wurden):

1. Die erste Frage betrifft die bereits mehrfach erwähnten CHF 21 Mio. Buchgewinne (Konto 24000.38000000). Die GPK erhielt eine umfangreiche Liste über die Zusammensetzung der CHF 21 Mio.. Aus dieser Liste sticht ganz klar das Gygax-Areal heraus, welches für CHF 11,3 Mio. an die Swatch Group SA verkauft wurde. Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass die Einlage in die Spezialfinanzierung eine ganz normale Buchung ist. Es ist korrekt, dass die Buchgewinne nicht budgetiert werden, aber beim Abschluss berücksichtigt werden. Bei den Mieteinnahmen ist hingegen auch eine Mindereinnahme von CHF 575'000.- zu verzeichnen. Auch hier steht das Gygax-Areal an erster Stelle. Das zeigt, dass ein Landverkauf zwei Seiten haben kann. Werden Liegenschaften veräussert, kann mit diesen auch kein Ertrag mehr erwirtschaftet werden. Im Zusammenhang mit den Buchgewinnen wurde zudem noch eine Rückstellung von CHF 600'000.- getätigt, weil auch noch Altlasten zu entsorgen sind. Jedes Geschäft ist komplex und auch der eindrückliche Betrag von CHF 21 Mio. ist nicht einfach zu interpretieren. An zweiter Stelle bei den Buchgewinnen kommt an das Gebiet "Bellevue" in Port und an dritter Stelle wird das Gebiet an der Neumarktstrasse erwähnt, welches für CHF 3 Mio. an die Firma Orange SA verkauft wurde.
2. Zum Konto 24000.33000000 (Abschreibungen auf Finanzvermögen) wollte die GPK wissen, wie sich die Abschreibungen von CHF 2,15 Mio. zusammensetzen. Es geht dabei um eine nicht unbedingt schöne Geschichte im Zusammenhang mit dem Abbruch des Beau-Rivage, die ich hier aber nicht weiter kommentieren möchte. Dieser Abbruch war seinerzeit nicht budgetiert und wurde auch ohne Kreditgesprache durchgeführt. Die Liegenschaft wurde nun verkauft und die

entsprechende Summe kann abgeschrieben werden. Ein weiterer stolzer Abschreibungsbetrag betrifft die Zentralschiessanlage, welche saniert werden muss. Mit dem Verkauf des Areals an die Firma Rolex SA, kann auch diese Summe abgeschrieben werden. Die dritte Bemerkung betrifft den Tennisclub Biel. Er befand sich ursprünglich auf einer Parzelle, auf welcher die Swatch Group SA nun vorzeitig ein Baurecht geltend macht. Als Folge müssen nun die noch aktiven Werte abgeschrieben werden.

3. Die Budgetbeilage "Abweichungen zwischen Budget und Jahresrechnung 2010" weist grosse Differenzen auf. Deshalb interessierte es die GPK, ob diese Rechnung einmalige Positionen enthält. Dies ist leider nicht der Fall. Es wäre schön gewesen, wenn die Verschlechterung der Rechnung 2010 damit hätte begründet werden können. Wie jetzt schon absehbar ist, wird auch die Rechnung 2011 relativ schlecht ausfallen.
4. Abschliessend interessierte es die GPK, weshalb der Liegenschaftsbestand im Baurecht zwischen 2009 und 2010 keine Veränderung erfuhr. Meiner Ansicht nach hätte, zumindest theoretisch, eine Veränderung erfolgen sollen. In der Regel haben die Baurechtsverträge nämlich eine Teuerungsklausel. Wann werden also die Baurechtsverträge an die Teuerung angepasst? Bei einem derart stolzen Bestand (CHF 310 Mio.), sollte aus Sicht der GPK regelmässig eine Anpassung erfolgen. Wird eine mittlere Teuerung von nur 2% angenommen, hätte dies auf den Wert dieser Liegenschaften Einfluss. Ich bitte Herrn Fehr um eine Antwort.

Die GPK dankt für die detaillierte Auskunft und transparente Rechnungslegung.

**Nicati Alain, au nom du Groupe Forum:** La situation économique de Bienne deviendra toujours plus difficile à gérer, car les besoins de toute nature augmentent constamment et les revenus restent malheureusement stables. Comme confirmé par Monsieur Fehr, Maire de Bienne, il n'y a pas d'autre choix que de tout mettre en œuvre, afin d'augmenter les revenus et de diminuer les charges de la Ville. Toutefois, diminuer les charges ne veut pas forcément dire prendre des mesures de licenciements drastiques, qui n'auraient pour conséquence, que de diminuer la qualité et l'efficacité de l'Administration biennoise. Il faut donc s'efforcer de trouver des solutions à tous les niveaux, afin de pouvoir continuer de garantir la qualité, tout en diminuant les coûts. La compétence de l'Administration est avant tout de trouver des solutions viables. Une des pistes possibles serait une conduite plus souple de l'Administration, à tous les niveaux, afin de permettre à chaque acteur et actrice d'émettre des idées et des projets, pour ensuite les concrétiser dans la pratique, sous réserve de moyens financiers suffisants à disposition. Je suis d'avis, que les meilleures analyses se font dans la pratique et par ceux et celles qui exécutent les tâches. Envisager une étude externe, comme nous en avons fait l'expérience il y a cinq ans, coûterait trop cher et n'apporterait rien de plus qu'une série de bons conseils, qu'on connaît déjà tous. Viser une réduction des charges, sans modification des prestations, semble dès lors être une mesure plus acrobatique que sensée.

Je me permets d'ouvrir une parenthèse, par rapport à cette question. Lorsque, pour se simplifier la tâche, la Chancellerie cantonale a décidé de couper dans les subventions accordées à Télébilingue et à Canal3, il s'agissait également d'une mesure d'économies, sans se poser trop de questions. Une idée comme tant d'autres! En réalité, c'est exactement l'exemple à ne pas suivre, car si 7 mio. fr. d'économies sont visés, ce 1% peut également être économisé dans les 6,999 mio. fr. restants, sans trop devoir réfléchir.

Permettez-moi de citer quelques exemples tirés des comptes 2010, sous la rubrique "Investissements". Si les spécialistes concernés reprenaient l'ensemble du problème lié aux investissements, ils ou elles devraient pouvoir trouver des possibilités de diminuer les coûts, comme par exemple: temps de réalisation, facturation des organes externes, prix de gros, rabais possibles, etc. Dans ce même esprit, prenons les honoraires de la mairie. Les frais de personnel représentent 12% des coûts et 27% pour l'informatique. Faut-il vraiment engager autant de personnel au Département informatique? Serait-il possible de revoir et repenser certaines choses? Évidemment c'est difficile, car lorsqu'on lui demande de réduire les coûts, c'est impossible!

Des mesures pourraient aussi être prises dans le domaine des subventions. D'ailleurs, Monsieur Moeschler recevra un questionnaire à ce sujet. Bienne doit avoir un brillant avenir. J'en appelle à toute l'Administration, afin de mettre tous les efforts en commun, pour offrir aux habitant(e)s de notre Ville et aux générations futures, un avenir dynamique, malgré les perspectives économiques peu encourageantes, qui s'annoncent pour le budget 2012. Lorsque j'étais responsable de la motorisation de l'armée, jamais le Conseil fédéral ne m'a demandé de diminuer le nombre des véhicules. Il est clair, que s'il me l'avait demandé, cela aurait été réalisable, mais il ne me l'a jamais demandé.

J'ai une dernière question à Monsieur le Maire: le rapport des comptes 2010 fait état d'une prestation de sortie de 700'000 fr. en faveur d'un membre du Conseil municipal, pourriez-vous spécifier qu'elle en est la nature?

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Herr Nicati, Ihr Votum bezüglich des ausscheidenden Gemeinderatsmitglied kam an. Ich kann Sie insofern trösten, dass nur noch zwei verbleibende Gemeinderatsmitglieder dieser Regelung unterliegen... Das Problem einer nicht genügenden Erklärung taucht also noch maximal zweimal auf. Im Prinzip hat dieser Betrag mit den Ansprüchen aus der Pensionskasse zu tun. Ich danke Herrn Nicati ferner für die Feststellung, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung einen guten Beitrag zum Service Public leisten. Selbstverständlich gibt es ständig Diskussionen über die Fragen, wo etwas optimiert oder mit weniger Personal ausgeführt werden könnte. Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber, dass solche Massnahmen vom Parlament mitgetragen werden. Herr Isler sagte vorhin, die Fraktion SP würde Sparvorschläge unterstützen, wenn sie diese als sinnvoll erachtet. Wie bei allen Sparmassnahmen ist es so, dass gewisse Leute diese gut finden, andere schlecht. Im Grosse Rat läuft es jeweils so: Die Regierung macht immer wieder Sparvorschläge, zu welchen der Grosse Rat jeweils sagt, die Vorschläge seien im Prinzip gut, erfolgten aber am falschen Ort. Werden konkrete Sparmassnahmen der Regierung vorgeschlagen werden diese immer wieder abgelehnt und dafür schwammige Planungserklärungen erlassen. So funktioniert es also nicht. Selbstverständlich ist bei uns nicht jeder Vorschlag des Gemeinderats der beste, es soll aber eine politische Ausmarchung dazu stattfinden. Für Gemeinderat und Verwaltung ist elementar zu wissen, dass die vorgeschlagene Stossrichtung von der Parlamentsmehrheit mitgetragen wird. Sonst geraten Sparmassnahmen ins Stocken. Der Gemeinderat versucht daher nur Sparmassnahmen mit Augenmass vorzuschlagen.



Zur Frage von Herrn Sutter nach den Baurechten: es ist effektiv so, dass vor allem die älteren Baurechtsverträge keine klassischen Teuerungsklauseln enthalten, also nicht an den Landesindex der Konsumentenpreise gekoppelt sind. Eine Anpassung erfolgt in der Regel bei zwei Gelegenheiten: Die eine ist dann, wenn der Kanton die amtlichen Liegenschaftswerte anpasst, die andere dann, wenn der Baurechtsvertrag verlängert wird. Aktuell läuft die Frist diverser Baurechtsverträgen ab und die Laufzeiten müssten verlängert werden. Zu diesem Zeitpunkt können auch höhere Zinsen vereinbart werden. Die neueren Verträge enthalten aber bereits die klassischen Teuerungsklauseln. Wird die Teuerung alle zwei, drei Jahre angepasst, fällt sie relativ bescheiden aus und würde eine Aufwertung des Baurechts nicht rechtfertigen. Der Mehrertrag fliesst ohnehin sofort in die Rechnung. Der Wert des baurechtbelasteten Landes aber mehrt nur das Vermögen der Stadt, eine Aufwertung der Liegenschaft ergäbe einen höheren Buchgewinn. Damit jedoch nicht ständig kleinste Buchgewinne zu verrechnen sind, wird dies nur periodisch gemacht. Eine solche Bereinigungsübung steht bei Gelegenheit wieder einmal an. Ich nehme aber gerne zur Kenntnis, dass sich die GPK darüber Gedanken macht, ob dies regelmässiger getan werden sollte. Die Finanzdirektion wird dies prüfen und folgte bisher einfach dem bisherigen Usus...

Die Behandlung des Geschäfts wird unterbrochen.

#### **105. Begründung der Dringlichkeit Motion Hanspeter Habegger, Fraktion BVP Plus, Sanierung / Renovation Hirschensaal in Biel / Bözingen**

**Habegger Hanspeter, BVP:** Diese Motion sollte dringlich erklärt werden, damit sie noch vor der Budgetdebatte traktandiert werden kann. Der Hirschensaal ist wichtig. Es handelt sich um einen einfachen, zweckmässigen Saal, der für fast sämtliche Zwecke gebraucht werden kann. Die Sanierung sollte daher einfach und zweckmässig sein.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**Sitzungsunterbruch 19.50 Uhr - 20.50 Uhr**

#### **104. Jahresrechnung 2010 (Fortsetzung)**

##### **Sicherheitsdirektion**

**Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion:** Lors de l'examen des comptes de la Direction de la sécurité, la Commission de gestion a relevé trois points importants. À la page 98 du compte annuel 2010 il apparaît, que suite à une réévaluation de la Commission fédérale de l'électricité (ElCom), une réserve de 3 mio. fr. en faveur d'ESB a été constituée, sur le compte 300 43900000 "Autres

dédommagements". Également en ce qui concerne ESB, des redevances pour 12,5 mio. fr. ont été engrangées. Sachant que le plafond des redevances autorisé par le règlement d'ESB est de 15%, il s'agit d'une recette essentielle pour le bon fonctionnement et l'équilibre de nos finances. Finalement, **nous** constatons une baisse des revenus des amendes d'ordre de 1,2 mio. fr. ainsi qu'une augmentation des recettes de 0,8 mio. fr., par rapport au budget 2009. La baisse de revenus des amendes est due au fait que l'installation d'un radar prévu pour 2010 a fait défaut et l'augmentation des recettes est générée par le poste calculé en trop pour ce travail. La Direction de la sécurité estime que le pronostic pour 2011 sera néanmoins nettement meilleur que ce qui est budgété.

**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Besten Dank für diese Würdigung seitens der GPK. Die drei wichtigsten Punkte wurden erwähnt. Die Sicherheitsdirektion ist sehr froh, dass die Rückstellungen für Regulierungsrisiken wegen des Stromversorgungsgesetzes aufgelöst werden konnten. Die Situation ist für Stadtwerke - übrigens auch solche anderer Städte - nicht einfach. Praktisch alle Werke stehen im laufenden Verfahren mit der ECom (Eidgenössische Elektrizitätskommission). Die finanziellen Konsequenzen sind aktuell kaum absehbar. Heute Morgen besuchte ich die Industriellen Werke in Lausanne. Dort laufen derzeit acht verschiedene Untersuchungen der ECom und es geht auch dort um sehr viel Geld. Der ESB ist sehr froh, dass die ECom in seinem Fall zum Schluss kam, dass alles in Ordnung ist. Die ganzen Verfahren brauchten aber viel Nerven und auch etwas Geld. Bei der in den Nachkrediten aufgeführten Zunahme bei den Honoraren geht es vor allem um das Honorar des für dieses Verfahren beauftragten Anwalts. Dieser erledigte seine Arbeit gut, war aber auch nicht eben günstig.

Lässt man die CHF 3 Mio. des ESB ausser Acht, konnte die Sicherheitsdirektion das Budget fast punktgenau einhalten. Natürlich hält sich nicht jeder Posten gleich gut an die Vorgaben. Einnahmeseitig kommen aber auch über CHF 12 Mio. aus dem ESB. Dies entspricht mehr als der Hälfte der Gesamteinnahmen der Sicherheitsdirektion. Der ESB arbeitete somit besser als budgetiert. Aufgrunddessen konnte beim Gas auch eine Rückstellung von CHF 800'000.- getätigt werden. Ausserdem sah das Budget eine Reservenauflösung von CHF 1,6 Mio. vor, welche nun nicht aufgelöst werden müssen und gleichwohl das budgetierte Resultat eingehalten werden kann.

Herr Amman zeigte die Gründe für die Budgetunterschreitung bei den Busseneinnahmen deutlich auf. Selbst wenn die oder der neue Mitarbeitende ab 1. Januar 2010 einsatzfähig gewesen wäre, hätte das Ziel nicht ganz erreicht werden können. Das Endresultat wäre aber sicher um Einiges besser ausgefallen. Die Sicherheitsdirektion bemüht sich, die budgetierten Ziele zu erreichen. Gerade beim Rotlichtradar schlägt es aber sofort enorm zu Buche, wenn Mitarbeitende ausfallen. Besten Dank für die gute Aufnahme der Rechnung der Sicherheitsdirektion.

**Baudirektion**

**Keine Wortmeldungen.**

## Sonderrechnungen

### Keine Wortmeldungen.

### Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 1. April 2011, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst a und Art. 40 Abs. 1 Ziff. 4 Bst b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

- |  |                  |
|--|------------------|
| 1. Entnahme aus der Spezialfinanzierung Steuern juristische Personen   | CHF 3'000'000.00 |
| 2. Auflösung der 2009 gebildeten und nicht mehr benötigten Rückstellung für Regulierungsrisiken aus dem Stromversorgungsgesetz.  | CHF 3'000'000.00 |
| 3. Entnahme aus der Spezialfinanzierung Deckungskapital für Renten und Austrittsleistungen von vollamtlichen Mitgliedern des Gemeinderates für den Austritt eines Gemeinderatsmitgliedes | CHF 731'877.00   |

Damit wird die Jahresrechnung 2010 mit einem Defizit von CHF 15'635'976.00 genehmigt.

### 106. 20090400 Finanzstrategie / Zwischenbericht 2011

**Stöckli Schwarzen Heidi, GPK:** Da der GPK-Präsident aus beruflichen Gründen die Sitzung verlassen musste, halte ich nun sein Votum gestützt auf seine Notizen. Am 9. März 2010 wurde dem Stadtrat die Finanzstrategie mit viel Aufwand und professionell vorgestellt. Ranghohe und kompetente Persönlichkeiten aus Gemeinderat und Verwaltung zeigten mögliches finanzielles Spar- und Optimierungspotenzial auf. Dabei wurde auf die Budgets und die positiven Rechnungsergebnisse der letzten zehn Jahre aufmerksam gemacht, aber auch düstere Prognosen für die Zukunft abgegeben. Als finanzstrategisches Ziel wurden CHF 10 Mio. Mehreinnahmen und CHF 10 Mio. weniger Ausgaben angegeben. Zudem wurde ein Organigramm mit verschiedenen Projektgruppen vorgestellt, welche die Verwaltung durchleuchten und Optimierungspotenzial eruieren sollen. Dieses hätte - je nach Zuständigkeit - im Gemeinde- oder Stadtrat beraten werden sollen.

Was ist eigentlich passiert und warum muss die Stadt sparen? Die Jahresrechnungen der letzten zehn Jahre fielen doch alle positiv aus. 2009 verfügte Biel über ein Eigenkapital von CHF 52,7 Mio., in der Spezialfinanzierung Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens (SGR 680.93) befanden sich CHF 42,1 Mio., der Totalbetrag aller Spezialfinanzierungen belief sich auf CHF 126 Mio. und die Einnahmen aus Vermögen betragen CHF 128 Mio.. Der Ausblick verhies jedoch nichts Gutes: die schlechte Wirtschaftslage, kantonale Gesetzesrevisionen, Kostensteigerungen im Transferbereich, ein Ausbau des Personalbestandes, die

Steigerung des Investitionsvolumens und die negativen Finanzzahlen wurden den Anwesenden an den Kopf geworfen. Der damalige Stadtpräsident verheimlichte nichts und redete auch nichts schön. Das Budget mit einem operativen Defizit von über CHF 21 Mio. wurde nun Realität. Das Eigenkapital sank in einem Jahr von CHF 52 Mio. auf CHF 37 Mio.. Im Mai 2010 nahm der Stadtrat von der Finanzstrategie und den Vorgaben des Gemeinderats Kenntnis. Diese Vorgaben sahen im Wesentlichen einen im Durchschnitt über mehrere Jahre ausgeglichenen Haushalt, die Eigenfinanzierung der Investitionen und die Konkurrenzfähigkeit in den Bereichen Steuern und Gebühren vor. Der Stadtrat nahm zur Kenntnis, dass ab 2013 die Rechnung wieder ausgeglichen abschliessen soll. Auch nahm er zur Kenntnis, dass 2010-2013 maximal CHF 44 Mio. Eigenkapital für die Deckung des Defizits zur Verfügung stehen. Der Stadtrat nahm ebenso zur Kenntnis, dass der Gemeinderat beabsichtigt, mit den Evaluationsprojekten 2013 eine Budget-Verbesserung von insgesamt CHF 21 Mio. zu erzielen.

Wo steht Biel heute? Das Stadtpräsidium hat gewechselt. Zweimal trafen sich GPK, die Fraktionspräsidien und stadträtliche Finanzinteressierte mit dem verantwortlichen Finanzdirektor und einer Verwaltungsdelegation zu einer Aussprache und Information. Die GPK empfand diese Gespräche als sehr offen und konstruktiv. Den Schlüssel zum schnellen Erfolg brachten diese Sitzungen aber nicht und Wunder werden auch an der heutigen Stadtratssitzung nicht erwartet.

In der Zwischenzeit ist der Gemeinderat von der bisherigen Finanzstrategie abgewichen. Ich erinnere an die Fusion der Museen Neuhaus und Schwab. Im April 2011 beschloss die Exekutive daher Sofortmassnahmen, damit die Ziele des Budgets 2011 erreicht werden können: die Kürzung des Sachaufwands um 10% und ein Stellenmoratorium für sechs Monate. Für die GPK ist nicht klar, wie sakrosankt die Zielerreichung des Budgets 2011 und die Finanzstrategie als Ganzes sind. Glaubt der Gemeinderat, das Rad könne nächstes Jahr noch gedreht werden, es könne ein Mehrertrag gutgeschrieben werden? Oder hat er bereits weitere Sparmassnahmen in der Schublade? Die beiden erwähnten Sofortmassnahmen sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Es ist ein kleiner Anfang, aber damit ein Defizit von CHF 15 Mio. verkleinert werden kann, braucht es mehr. Niemand kann sagen, ob die gemachten Prognosen zutreffen werden. Das Motto "die Hoffnung stirbt zuletzt" könnte sich vielleicht in diesem Zusammenhang bewahrheiten und das Defizit könnte etwas weniger hoch ausfallen. Dann hätte der Gemeinderat wieder einmal Recht gehabt. Tatsache ist aber, dass die Fixkosten unbedingt gesenkt werden müssen. Aber: weniger Sachausgaben, weniger Honorare und weniger Personalkosten bei gleich bleibender Qualität und Quantität sind riesige Herausforderungen. Letztlich kann die Stadt nicht mehr Geld ausgeben als sie hat. Die Verwaltung soll sich selber optimieren und bestimmen, wo gespart werden kann. So zumindest hat die GPK den Bericht verstanden. Dies kann, eine gewisse Akzeptanz vorausgesetzt, funktionieren. Die GPK anerkennt die Bemühungen und Anstrengungen des Gemeinderats und insbesondere des Finanzdirektors. Bisher wurden besonders heikle Themen wie Personal, Kultur und Soziales umschifft und abgesehen vom Stellenmoratorium waren die Sparmassnahmen noch nicht schmerzhaft. Zugegeben: es handelt sich nur um einen Zwischenbericht. Der Weg zum Ziel scheint noch lang. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass die Zeit oft viel schneller vergeht, als dem Stadt- und Gemeinderat lieb ist. Eine schrittweise Annäherung an das Ziel ist oft weniger schmerzhaft als plötzliche und rigorose Massnahmen. Jetzt braucht es den Willen

aller, die Ausgaben zu senken und die Einnahmen zu optimieren. Nur so kann der Stadt- den Gemeinderat bei der Umsetzung unterstützen.

Was erwartet die GPK in nächster Zeit? Die GPK wünscht, dass der Finanzplan künftig so ans Budget gekoppelt wird, dass er nicht einem Wunschkonzert, sondern dem Machbaren entspricht. Ich verweise auf das letzte Blatt im Zwischenbericht. Die GPK wünscht sich auch, dass die angesprochenen Evaluationsprojekte und deren Stand in einem nächsten Bericht erwähnt werden, oder dass ein Verweis gemacht wird, wo diese Informationen zu finden sind. Die GPK geht davon aus, dass der Gemeinderat 2012 einen weiteren Zwischenbericht zur Finanzstrategie vorlegen wird. Abschliessend möchte ich erwähnen, dass die GPK den Bericht vom 13. Mai 2011 nur zur Kenntnis nahm. Sie fordert den Gemeinderat aber auf, insbesondere die unter Punkt 2 erläuterte Zielsetzung unverändert umzusetzen.

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** Bei den Dakota-Indianern gibt es ein Sprichwort, welches sagt, dass ein Reiter von einem toten Pferd absteigen soll. Was macht die Stadt? Sie sagt, kein Pferd sei so tot, dass es nicht mehr geritten werden kann. Sie bildet Steuerungsausschüsse, die Strategien entwickeln sollen, um tote Pferde zu reiten. Es werden Normen festgelegt, wie das Reiten auf toten Pferden gemessen werden soll und die Stadt kauft andere tote Pferde, um Synergien zu nutzen. Die Fraktion Forum hat grosse Zweifel daran, dass die Finanzstrategie - so wie sie heute vorliegt - umgesetzt werden kann. Im Zwischenbericht steht, dass der Gemeinderat immer noch an der ursprünglichen Strategie und am ursprünglichen Zeitplan festhält. Der Finanzdirektor kann mich korrigieren, sollte ich Blödsinn erzählen. Ich bin aber der Meinung, dass die Basis für die Finanzstrategie das Budget 2010 war. Aufgrund dieser Basis sollten CHF 10 Mio. Minderausgaben und CHF 10 Mio. Mehreinnahmen generiert werden. Die Mehreinnahmen wurden wie folgt definiert: Gleich hohe Einnahmen aus dem ESB, Anpassung von Baurechts- und Mietzinsen, Erhöhung des Bussenvolumens, Buchgewinne, Anpassung Gebühren. Betrachtet man das Budget 2011, wurden die Bussen und die Baurechtszinse bereits erhöht und Sprinklergebühren eingeführt. Ein Teil der in der Finanzstrategie vorgesehenen Massnahmen flossen beim Budget 2011 also bereits ein. Hingegen wurde noch keine einzige Massnahme zur Kostensenkung ergriffen. Der Fraktion Forum bereitet der Fahrplan Angst. Ihr ist nicht klar, wie diese CHF 10 Mio. in den nächsten zwei Jahren eingespart werden sollen. Unsere Fraktion wäre froh, wenn die Finanzstrategie umgesetzt werden könnte und sie ist auch bereit, Hand zu bieten. Dazu braucht es aber den ganzen Stadtrat! Mit Blick auf das anfangs erwähnte Sprichwort möchte die Fraktion Forum nicht so lange warten, bis das Pferd so tot ist, dass wirklich nichts mehr getan werden kann. Dann steigt der Indianer einfach ab...

**Isler Peter, Fraktion SP:** Ich hoffe nicht, dass der Spruch "die Hoffnung stirbt zuletzt" zutrifft. Ich hoffe sehr, dass die Bemühungen des Gemeinderats nach wie vor realistisch sind. Ich glaube, alle sind sich einig, dass dieses Ziel nur gemeinsam erreicht werden kann. Gemeinsam würde heissen, dass auch Kompromisse möglich sind, dass der anderen Seite entgegengekommen wird. Sonst kommt es so heraus, wie der Stadtpräsident befürchtet: die Ersten wollen keinesfalls bei der Kultur sparen, die Zweiten ja nichts beim Sozialen, die Dritten sind dagegen, beim Verkehr zu sparen. Wenn das so ist und so weitergeht, kann wirklich nicht gespart werden. Ganz wichtig scheint mir aber, dass der Gemeinderat jetzt konkrete Vorschläge macht. Ich hoffe, der Finanzdirektor wird sich noch dazu äussern. Es ist klar, die wichtigen

Punkte sind bekannt. Der Stadtrat weiss, wo es klemmt: die Steuereinnahmen fielen tiefer aus. Die logische Reaktion darauf wäre, die Steuern zu erhöhen (*Gelächter und Gemurmel im Saal*). Die Fraktion SP will dies nicht und sie weiss auch weshalb: Biel ist eine Stadt, die attraktiv bleiben muss. Der Steuersatz ist ein Argument für die Attraktivität. Nur im allerschlimmsten Fall sollte zu einem solchen Szenario gegriffen werden. Ein weiterer Punkt sind die Investitionen: Mir scheint es klar, dass hier zurückbuchstabiert werden muss. Es geht nicht, dass die Stadt CHF 37 Mio. statt ungefähr CHF 20 Mio. investiert werden, wie im Bericht steht. CHF 20 Mio. könnten eigenfinanziert werden, CHF 37 Mio. nicht. Das heisst klar, dass bei den Investitionen gespart werden muss. Dabei handelt es sich um Investitionen, über welche bereits entschieden wurde. Auch da muss der Stadtrat einen Effort leisten. Das geht aber nur, wenn konkrete Vorschläge des Gemeinderats vorliegen. Stadt- und Gemeinderat haben das gleiche Ziel: beide wollen, dass die Ziele der Finanzstrategie erreicht werden. Vielleicht kann der Fahrplan noch angepasst und um ein Jahr verlängert werden. Mehr Toleranz liegt aber nicht drin. Dieser Weg wird nicht einfach.

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Le rapport du Conseil municipal concernant la stratégie financière donne beaucoup d'explications, mais finalement peu d'éléments concrets. Le moment des grands débats sera le moment où le Conseil de ville devra voter le budget 2012. Il me semble qu'il n'y a pas de stratégie politique autour de la stratégie financière. Il faut se poser la question: quelles sont les domaines où on ne veut rien toucher, parce que ces domaines permettront demain de rebondir? La question de la formation est essentielle aujourd'hui, car demain elle nous permettra de rebondir.

Par la réduction des charges de biens, services et marchandises, le Conseil municipal attend des économies de l'ordre de 2,5 mio. fr., alors que par le biais du moratoire de six mois sur la réoccupation de postes, il vise à un montant économisé de 0,5 mio. fr., soit une amélioration totale à court terme de 3 mio. fr. Le Groupe des Verts est très sceptique par rapport au moratoire sur la réoccupation de postes. Cette politique entraîne une perte du savoir-faire, de compétences et surtout elle entraîne une perte de continuité sur les projets. Ce sont souvent les basses classes salariales qui en font les frais. Cette politique a été mise en œuvre dans d'autres cantons et dans d'autres communes pour faire des économies et il a été remarqué, ensuite, que ce n'était pas le cas. Une économie de 0,5 mio. fr., avec ce type de prix à long terme, nous paraît bien maigre. On ne sait pas non plus combien de personnes quitteront leur emploi à la Ville de Bienne en l'espace de six mois. Comment ce chiffre 0,5 mio. fr. a-t-il été calculé? Comment le justifier auprès du personnel, non pas des cadres mais du personnel de base.

On constate aussi que la politique bourgeoise au niveau du Canton se répercute au niveau des communes, en particulier la politique fiscale. Le Canton annonce sa volonté d'économiser 230 mio. fr. et voilà le résultat de la politique fiscale, qui est en faveur des plus riches. La Ville de Bienne a extrêmement peu de marge de manœuvre dans la question de la stratégie financière. Elle peut jouer que sur la question de la masse salariale. Il n'y a très peu d'autres postes où l'on peut effectivement économiser. Un certain nombre de propositions ont été faites ce soir, mais la masse salariale est finalement la plus grosse partie des dépenses de la Ville.

Comme je l'ai dit précédemment on attend le budget 2012 car ce sera plus clair d'évaluer quelle stratégie financière le Conseil de ville entend suivre en matière de finances publiques. Le Groupe des Verts a pris connaissance du rapport de la stratégie financière, mais nous ne comprenons pas pourquoi nous devons prendre connaissance de l'intention du Conseil municipal de la mettre en œuvre. Nous avons un peu l'impression qu'on nous demande d'acquiescer à cette stratégie sans avoir le droit de la modifier.

**Güntensperger Nathan, Fraktion GLP:** Die Fraktion GLP nimmt den Zwischenbericht zur Finanzstrategie mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Zwar werden echte Bestrebungen des Gemeinderats und - zumindest vordergründig - des Stadtrats erkannt: ein ausgeglichenes Budget 2013. Die von Frau Sermet eingereichte Motion 20100342, "Für die konzertierte und verantwortliche Umsetzung der Finanzstrategie" empfand die Fraktion GLP als sehr hilfreich, um die Diskussion möglichst sachlich zu führen. Dafür möchte die Fraktion GLP Frau Sermet herzlich danken, insbesondere auch deshalb, weil die Fraktion GLP als einzige Fraktion nicht in der GPK vertreten ist. Beim ersten Treffen zeigte sich der Gemeinderat bereit, den Fraktionspräsidien anlässlich eines zweiten Treffens detailliert aufzuzeigen, welche Ausgaben von Bund und Kanton bestimmt werden und welche mehrheitlich in der Kompetenz der Stadt liegen. Auf diese Ausgaben muss sich der Stadtrat konzentrieren. Beim zweiten Treffen erhielten die Fraktionspräsidien dann mehr oder weniger den nun vorliegenden Bericht. Dies fand die Fraktion GLP schade. Es entstand der Eindruck, der Gemeinderat wolle sich nicht zu tief in die Karten blicken lassen. Der Gemeinderat versprach eine weitere Sitzung, falls die Budgetanträge der Direktionen der Finanzstrategie zuwiderlaufen. Die Fraktion GLP hofft, dass diese nicht nötig sein wird. Sie sieht aber auch die einzelnen Projekte, welche die CHF 10 Mio. Mehrertrag resp. Minderaufwand bringen sollen. Die Fraktion GLP ist aber nicht überzeugt, dass diese Projekte den erwarteten Mehrertrag bringen werden. Noch skeptischer ist sie, was den Minderaufwand betrifft. Das beste Beispiel gaben Stadtrat und Volk bei der Abstimmung zu den Kultursubventionen ab. Bereits gibt es Stimmen, die der alternativen Kultur nun ebenfalls mehr Subventionen zukommen lassen wollen. Eine logische und leicht verständliche Konsequenz aus dieser Entscheidung. Nur: will und kann der Stadtrat weitere Subventionen verteilen, wenn er das Geld dazu nicht hat? Widerspricht dies nicht den gesetzten Zielen der Finanzstrategie? Ziel muss sein, basierend auf einem langjährigen Durchschnitt ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, ohne dass Buchgewinne und Auflösungen von Spezialfinanzierungen nötig sind. Steuererträge wie in den Jahren 2007-2009 sind die Ausnahme und dürfen die Stadt künftig nicht mehr dazu verleiten, über ihre Verhältnisse zu leben. Basierend auf diesem ausgeglichenen Budget resultieren dann - je nach Wirtschaftslage - Über- oder Unterschreitungen. Das bedeutet aber auch, dass die Ausgaben auch in einem guten Ertragsjahr nicht steigen dürfen. Neu geschaffene Posten wieder aus dem Budget zu streichen, ist schwierig. Daraus leitet die Fraktion GLP den Auftrag an Gemeinde- und Stadtrat ab, beim nächsten Budget einen Schritt in diese Richtung zu machen und die Kosten effektiv zu senken und nicht wieder - wie beim letzten Mal - zu erhöhen. Sonst ist die Finanzstrategie bereits im Oktober 2011 reine Makulatur.

**Nicati Alain, au nom du Groupe Forum:** Le Groupe Forum a déposé le 20 janvier 2011 une motion demandant que le plan financier 2012-2016 soit distribué au moment où le Conseil de ville est en possession de la 2<sup>ème</sup> version du budget 2012. Il

n'y a pas encore de réponse à la motion 20110045, "Plan financier 2012-2016", qui dit: *"Du plan financier dans sa forme actuelle, on ne peut ainsi pas saisir par quelles mesures le Conseil municipal prévoit de dominer financièrement l'avenir. De plus, le prochain plan financier 2012-2016 ne doit pas se limiter à montrer l'ampleur du problème budgétaire pour les années à venir, mais doit également intégrer les mesures permettant d'atteindre les objectifs de la stratégie financière, soit au final des résultats équilibrés dès l'exercice 2013"*. Je suis très fier, ce soir, d'être membre d'un Conseil de ville qui est conscient des problèmes. Tous les orateurs ont dit la même chose: dites-nous ce que vous voulez faire? D'après les délais réglementaires, le Conseil municipal doit répondre à la motion 20110045 jusqu'au 18 août 2011. La 2<sup>ème</sup> version du budget 2012 sera à disposition début septembre 2011. Je vous remercie de votre attention.

**Pichard Alain, GLP:** Es ist mir klar, dass Vieles für die Tribüne gesagt wird, auch wenn diese heute leer ist. Ich möchte ein paar grundsätzliche Worte zu den Mitteparteien sagen: Die Fraktion GLP ist für einen starken, finanziell handlungsfähig bleibenden Staat. Sie lehnt das Powerspiel der Ratsrechten ab, welche um jeden Preis die Steuern senken will. Nach dem völlig überraschenden Ausgang der kantonalen Abstimmung über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge vom 13. Februar 2011 muss in der Bevölkerung aber eine Grundstimmung ausgemacht werden, welche sich gegen immer mehr Abgaben wehrt. Dieser Stimmung muss entgegengewirkt werden. Zugleich lehnt die Fraktion GLP aber auch die von links-grüner Seite forcierte Quantitäts-Debatte ab. Diese reagiert auf staatliche Probleme mit immer mehr Stellen und öffentlichen Geldern. Die Fraktion GLP stellt immer wieder Effektivität, Abläufe und gewisse Stellen in Frage. Dazu wird sie künftig einige Postulate einreichen. Das hat nichts mit Sozialabbau zu tun. In der letzten Budgetdebatte wurde die Fraktion GLP als Sparhysterikerin und Sozialabbauerin bezeichnet. Damals schlug der Finanzdirektor, ein SP-Mann, einen Kompromiss vor und kam der Fraktion GLP entgegen. Die Fraktion SP liess diesen Kompromiss aber scheitern. So kann es nicht weitergehen! Die Fraktionen müssen sich nun finden. Dazu müssen alle etwas beitragen. Etwas geht aber nicht: der Öffentlichkeit kann nicht vorgegaukelt werden, die Stadt betreibe risikolose Sozialwerke, könne beliebig Kulturausgaben tätigen und unbedacht Stellen schaffen. Dies führte zu Verpflichtungen, die keine Reserven übrig liessen. Diese Mentalität würde die Stadt in Schwierigkeiten bringen. Es müssen nun Prioritäten gesetzt werden, es ist nicht mehr alles möglich. Das Vertrauen der Fraktion GLP in den derzeitigen Stadtpräsidenten ist sehr gross. Sie ist der Meinung, dass er die richtigen Zeichen setzt. Wenn ihm vorgeworfen wird, er sei ein visionsloser Beamter, kann er dies sicher locker nehmen. Wohin Visionen mit ungedeckten Checks führen, ist andernorts ersichtlich. Es ist auch eine Vision, der nächsten Generation gesunde Finanzen und ausreichend Handlungsspielraum zu überlassen. Das ist natürlich nicht so spektakulär. Zum Schluss möchte ich noch etwas zum obersten Souverän, der Bevölkerung, sagen: Wenn die Bevölkerung an der Urne weiterhin hohe Ausgaben bewilligt, ohne dass die Finanzen dafür vorhanden sind, müssen Steuererhöhungen thematisiert werden, so leid mir dies tut. Auf keinen Fall wird die Fraktion GLP Schulden zustimmen, die zu Lasten von künftigen Generationen gehen. Das muss der Bevölkerung klar gemacht werden!



**Isler Peter, SP:** Was Herr Pichard gesagt hat, kann ich wie folgt unterstützen: Ich bin der Meinung, dass Projekte, welche die Möglichkeiten der Stadt überschreiten, dem Volk erst gar nicht vorgelegt werden dürfen.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Mit Befriedigung stelle ich fest, dass Problemstellung und Handlungsbedarf von allen Parteien erkannt werden. Die Finanzlage der Stadt ist grundsätzlich gesund, der Spielraum ist allerdings nicht so riesig, dass unvernünftig gehandelt werden kann. Vielmehr gilt es, die eigentlich gute Ausgangslage zu bewahren und für gesunde Finanzen zu sorgen. Dies kann nur erreicht werden, wenn das momentane Ungleichgewicht in der Rechnung 2010, welches sich in der Rechnung 2011 wiederholen dürfte, rasch in ein Gleichgewicht gebracht werden kann und künftig auch wieder Überschüsse erzielt werden. Das ist der einzig mögliche Weg. Möglich ist dies nur, wenn Kompromisse gemacht werden und sich die Fraktionen selber eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Sollten Maximalforderungen oder momentan nicht finanzierbare Wünsche durchgesetzt werden, gelingt es nicht. Um der nächsten Generation gesunde Finanzen zu hinterlassen, darf die Stadt nun nicht von diesem Weg abweichen. Eine schlechte Finanzlage hat schneller Auswirkungen als vermutet. Ein konsequentes Begehen des eingeschlagenen Wegs dient also auch der jetzigen Generation. Somit ist Vorsicht nicht ganz uneigennützig.

Im ersten Halbjahr 2011 fanden zwei interessante Gesprächsrunden mit der GPK, den Fraktionspräsidien und weiteren finanzinteressierten Stadtratsmitgliedern statt. Um eine Sensibilisierung für die Thematik zu erreichen, waren diese Gespräche sehr hilfreich. Vieles konnte aufgezeigt werden. Ich verstehe, dass sich die Teilnehmenden für die zweite Runde mehr Konkretes versprochen. Im Budgetierungsprozess 2012, welcher momentan noch nicht abgeschlossen ist, wurden den Direktionen Richtwerte vorgegeben, mit welchen das Defizit von CHF 10 Mio. (gemäss Finanzstrategie) eingehalten werden kann. Diese Richtwerte werden nun verhandelt. So lange dieser Prozess läuft, haben die Direktionen das Recht, Vorschläge einzubringen. Wenn vorgängig Sparmassnahmen kommuniziert werden, reduziert dies die Motivation und die Handlungsbereitschaft in den Direktionen. Zudem besteht Gefahr, dass einzelne Sparvorschläge vorzeitig scharf kritisiert werden, ohne den Gesamtkontext zu berücksichtigen. Schlussendlich ist aber diese Gesamtheit der Massnahmen entscheidend. Deshalb wurde bisher noch nichts kommuniziert. Sollte sich gegen Ende der Sommerferien herausstellen, dass diese Richtwerte nicht erreicht werden können, werden GPK, Fraktionspräsidien und weitere wieder eingeladen. Dann werden vorgeschlagene Massnahmen diskutiert werden müssen.

Es tauchte die Frage auf, ob die Budgetziele 2011 für den Gemeinderat sakrosankt seien. Das kann ich bestätigen, sonst hätte er keine Sofortmassnahmen verfügt. Soll das Defizit jährlich verkleinert werden, muss der Trend in die andere Richtung gestoppt werden. Der Gemeinderat war klar der Meinung, dass Massnahmen ergriffen werden müssen, um das hohe Budgetdefizit 2011 nicht noch zu übertreffen. Diese Beschlüsse wurden mit Augenmass getroffen. Es stimmt, dass das Stellenwiederbesetzungsmoratorium eine Personalmassnahme darstellt. Dies geht aber in keiner Weise mit einer Kaufkraftreduktion einher und es werden auch keine Stellen gestrichen oder Personal entlassen. Für einzelne Mitarbeitende, welche eine nicht sofort ersetzte Person vertreten, führt diese Massnahme zu einer gewissen Mehrbelastung. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass dies im Vergleich zu

anderen denkbaren Massnahmen, wie ich sie vorhin erwähnte, vertret- und zumutbar ist. Nun ist etwas institutionalisiert, das jederzeit eintreffen kann. In jeder Abteilung kann ein Unfall passieren oder jemand schwer erkranken. Auch solche Ausfälle müssen durch die KollegInnen aufgefangen werden. Natürlich ist dies nicht erfreulich, in den Augen des Gemeinderats wie auch der Personalverbände jedoch sozialverträglich, sie tragen diese Massnahme mit. Übrigens, Herr Pichard, ich möchte Ihnen die Herren Lindegger und Stauffer vorstellen. Letzterer ist gleichzeitig auch Präsident des Personalverbands. Immerhin zwei Personen interessieren sich dafür, was der Stadtrat heute debattiert. Das ist erfreulich!

Die Sprecherin der GPK sagte, die Sofortmassnahmen seien ein Tropfen auf den heissen Stein. Dies stimmt möglicherweise. Es geht aber auch darum, im Kleinen Ordnung zu halten, damit es im Grossen funktioniert. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass sich mit diesen Massnahmen 2011 etwas erreichen lässt. Die Wirtschaftslage entwickelt sich nicht so, dass von massiven Mehreinnahmen ausgegangen werden kann. Die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen werden sich zwar bis zu einem gewissen Grad erholen, die weltwirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklung in der Eurozone und der Zerfall des Dollars schaffen jedoch Ertrags- und Rentabilitätsprobleme. Das bedeutet, die Stadt muss selber schauen, dass sie die Situation im Griff behält. Die GPK-Sprecherin und Herr Nicati sprachen die gemäss Finanzplan hohen Defizite der folgenden Jahre an. Es ist mir klar, dass die nicht gern gesehen werden und detailliertere Angaben wünschenswert wären. Ein Budget entsteht aber durch die Aggregation der Bedürfnisse. Danach findet ein Aushandeln darüber statt, welche Bedürfnisse sich die Stadt leisten kann und welche nicht. Dieser aufwändige Prozess findet jedes Jahr statt und die Verwaltung hat schon genug damit zu tun, jeweils ein Budget für das nächste Jahr präsentieren zu können. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass diese Diskussion nicht auch noch für die künftigen Jahre geführt werden kann. Bis es ans Budgetieren geht, verändern sich noch so viele Parameter, dass der Aufwand für die Erarbeitung von detaillierteren Zahlen im Finanzplan zu gross ist. Allenfalls könnte aber mit einer linearen Vorgabe gearbeitet werden, die es zu erreichen gilt und nach der sich die Ausgaben zu richten haben. Diese Variante wird demnächst vom Gemeinderat geprüft.

Selbstverständlich gibt es zur Finanzstrategie im 2012 einen Zwischenbericht. Die Idee der GPK, darin einen Hinweis auf die Evaluationsprojekte einzufügen, nimmt der Gemeinderat gerne auf. Eigentlich könnte sich bereits die Budgetdebatte 2012 als vorgezogener Zwischenbericht herausstellen. In dieser Debatte wird dann sehr konkret ersichtlich sein, wie es um die Finanzstrategie steht. Ich bin überzeugt davon, dass Kompromisse nötig sein werden. Wenn Lösungen gefunden werden sollen, müssen die Parteien aufeinander zugehen. Herr Kaufmann, es ist richtig, dass der Gemeinderat in der Finanzstrategie vom Budget 2010 ausgeht. Als der Gemeinderat feststellte, dass die Entwicklung 2011 in die falsche Richtung geht, ergriff er sofort Gegenmassnahmen. Es wurde aber gesagt, es seien kaum Sparmassnahmen eingeleitet worden und der Gemeinderat arbeite nur an gewissen Mehreinnahmen. Das stimmt, wobei auch Mehreinnahmen Teil des Weges ans Ziel sind. Es handelt sich um einen laufenden Prozess. Ausgabenseitig sind konkrete Aussagen zurzeit in der Tat schwierig, da die Richtwertdiskussionen zuerst abgeschlossen werden müssen. Ich stelle fest, dass verschiedene neue Begehrlichkeiten angemeldet wurden. Bei den Investitionen sind insbesondere im Schulbereich sehr grosse Bedürfnisse für zusätzlichen Schulraum und qualitative Verbesserungen desselben

angemeldet worden. Mit den neuen Subventionsbeiträgen für die grossen kulturellen Institutionen muss auch der Kulturbereich massiv aufgestockt werden. Diese Mehrausgaben laufen der Finanzstrategie zuwider, das dürfte allen klar sein. Zudem beschäftigt den Gemeinderat zurzeit die künftige Betriebsführung des Palace, die - je nach Variante - auch eine Mehrbelastung bedeuten könnte. Herr Habegger, auch ich habe den Hirschensaal gern. Wenn dort aber auch nur CHF 100'000.- investiert werden, bedeutet dies aufgrund der Abschreibungen eine um CHF 10'000.- höhere Belastung der folgenden Rechnung. Dies ist Fakt.

Wie können die verschiedenen Bedürfnisse aufeinander abgestimmt werden, ohne dass der zum Ziel führende Weg verlassen wird? Es wird nicht möglich sein, alle Wünsche zu erfüllen. Die Stadt muss beim Investitionsvolumen zurückfahren. Herr Isler sagte es, in den letzten Jahren wurde sehr viel getan. Eine neue Erkenntnis ist, dass früher etwa 60% des Geplanten auch umgesetzt wurde, in den letzten drei Jahren jedoch fast 100%. Dies hat entsprechend mehr Schuldzinsen und Abschreibungen zur Folge. Auch ohne die Stades de Bienne, die einen Sonderfall darstellen, hat die Stadt bewilligte Verpflichtungskredite in der Höhe von CHF 80-90 Mio. offen. Das ist das Bieler Investitionsvolumen der nächsten vier Jahre. Der Stadtrat kann sich selber vorstellen, was es bedeuten würde, all das zu realisieren. Er kann sich auch vorstellen, was passieren würde, falls die Zinsen anstiegen...

Frau Magnin sagte, es fehle eine politische Strategie und insbesondere ein Negativkatalog, also eine Auflistung der Bereiche, die nicht angetastet werden dürften. Das stimmt. Die politische Diskussion um Tabubereiche könnte geführt werden. Ich bin jedoch der Meinung, dass die Finanzstrategie nicht umgesetzt werden kann, wenn es Tabubereiche gibt. Dann sagt die Ratsrechte, es gebe garantiert keine Steuererhöhung und die Ratslinke sagt, ein gewisser Subventionsbereich dürfe nicht angetastet werden. Bei einer solchen Ausgangslage ist kein Kompromiss möglich. Am Schluss müssen alle bereit sein, aufeinander zuzugehen. Es wurde die Frage aufgeworfen, weshalb der Stadtrat Ziffer 2 des Beschlussesentwurfs (*"Er (der Stadtrat) nimmt Kenntnis von der Absicht des Gemeinderates, die Zielsetzungen der Finanzstrategie unverändert umzusetzen"*) zustimmen soll. Dieser Beschluss gibt dem Gemeinderat für die jetzt laufende Richtwertdiskussion die Gewissheit, dass die Idee, 2012 ein Defizit von CHF 10 Mio. zu erreichen, richtig ist. Diese Bestätigung möchte der Gemeinderat.

Herr Güntensperger, die von Ihnen erwähnte Forderung nach Subventionsbeiträgen für kleine Kulturinstitutionen hat weniger damit zu tun, dass jetzt die grossen etwas erhalten. Vielmehr haben sie ihre Ursache darin, dass sich der Kanton aus der Finanzierung dieser Institutionen - gemäss Vernehmlassung zum neuen Kulturförderungsgesetz - zurückziehen möchte. Deshalb wurde bereits präventiv die Forderung gestellt, die Stadt solle subsidiär einspringen. Ich kann nur wiederholen, was ich heute generell zum Sparpaket des Kantons in den Medien sagte: es funktioniert nicht, wenn die Stadt dann einfach die Differenz der bisher vom Kanton entschädigten Aufgaben übernehmen soll. Das kann sich Biel momentan nicht leisten.

Ich bin froh, dass niemand den Beschlussesentwurf anzweifelt. Es geht um einen klaren Auftrag an den Gemeinderat. Dieser ist sich seiner Verantwortung bewusst. Er

könnte sich Schöneres vorstellen, als sich solchen Fragen zu stellen. Dies gehört aber zur Verantwortung einer Exekutive.

**Magnin Claire, Les Verts Bienne:** J'aimerais répondre à deux arguments de Monsieur Fehr. Sur la question du moratoire de six mois, sur la réoccupation de postes: la première réflexion que l'on se dit, 0.5 mio. fr., ce sont cinq postes, c'est une misère, des peanuts, sur six mois ce sont dix postes, ce n'est pas une politique dramatique. On peut le dire, c'est tout à fait vrai, je suis d'accord avec vous Monsieur Fehr. Mais, l'expérience montre que cette politique a tendance à ne pas devenir temporaire, mais permanente. À partir du moment où des postes sont bloqués et les personnes ne sont pas remplacées est une politique à long terme, qui est vraiment catastrophique et qui est très chère. Il ne faut pas prendre l'habitude de faire une telle politique.

Concernant la question des priorités, je suis d'accord avec Monsieur Nicati. Le Conseil municipal doit avoir des priorités politiques et lorsqu'on parle de priorités négatives, je ne comprends pas. Il est dit, qu'il y a un certain nombre de secteurs, qui permettront de rebondir et qui ne seront pas touchés. Ce n'est pas avoir une politique négative, mais c'est avoir une politique sur le long terme. Je donne un exemple personnel: une politique ne doit pas toucher les terrains, il ne faut pas faire une politique de remplissage des caisses en vendant des terrains, parce qu'on se coupe les ailes pour demain. Il faudrait faire une politique, en disant que le développement de la politique énergétique doit continuer, parce qu'à terme, ce sont aussi des économies. Il faut se mettre d'accord sur les priorités et alors le reste peut être discuté. Sans priorité, on va se "bouffer" le nez, chacun avec son petit coin, que l'on veut garder. C'est ça le problème pour moi et ce n'est pas du tout quelque chose de négatif, c'est justement aller de l'avant et trouver un accord commun.

**Bösch Andreas, Grüne Biel:** Ich ergreife das Wort, weil ich mich an Ziffer 2 des Beschlussesentwurfs sehr störte. Aufgrund des Votums des Stadtpräsidenten muss ich noch etwas dazu sagen: Es ist nicht so, dass der Stadtrat diesem Punkt zustimmt. Er nimmt lediglich Kenntnis davon. Eine Kenntnisnahme ist keine Zustimmung. Der Stadtrat stimmt nicht zu, er lehnt auch nicht ab, er nimmt nur Kenntnis. In der Geschäftsordnung des Stadtrats von Biel (SGR 151.21), Art. 57 Abs. 4 steht: *"Über Geschäfte, die dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden, wird nicht abgestimmt. Im Falle eines Rückweisungsantrags wird nur über die Rückweisung abgestimmt."* Das heisst, ich kann einerseits nicht ja sagen zu einer Kenntnisnahme. Im ersten Moment ist dies vielleicht etwas verwirrend. Andererseits kann ich auch nicht nein sagen. Eine Kenntnisnahme ist somit völlig wertfrei. Der Stadtrat bestätigt nichts und stimmt auch nicht gegen etwas. Eventuell müsste dies geändert werden. Ich überlege mir, ob ich eine Motion einreichen soll, damit der Stadtrat zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen kann.

**Sylejmani Ali, PSR:** Je tiens à souligner une priorité que l'on a tendance à oublier: quelle image donne-t-on ce soir à la population. Les membres du Conseil de ville représentent les soucis de la population, mais aussi leur espoir. Nous représentons aussi l'espoir et l'envie des entrepreneurs, de rester à Bienne et de ne pas aller voir ailleurs. Je pense que nous devons montrer au public à quoi nous sommes intéressés. Il y a des années que l'on essaye de surmonter l'image négative de cette Ville. Le sentiment d'insécurité va augmenter, si le Conseil de ville envoie des signes

de manque de confiance, comme si on avait un Gouvernement, qui nous manipulait gravement.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Herr Bösch hat formell natürlich Recht. Was ich sagen wollte, ist aber eine inhaltliche Überlegung. Mit der separaten Ziffer 2 des Beschlussesentwurfs nimmt der Stadtrat explizit von der Strategie des Gemeinderats Kenntnis, auf dem eingeschlagenen Weg zu verbleiben. Falls jemand dies nicht möchte, könnte jetzt dagegen das Wort ergriffen werden. Nur so kann der Gemeinderat abschätzen, wieviel Rückhalt seine Strategie hat. Durch die Kenntnisnahme stimmt der Stadtrat nicht direkt den Zielen der Finanzstrategie zu. Wenn aber in der Diskussion keine Gegenstimmen laut werden, erlaubt sich der Gemeinderat, dies als implizite Zustimmung zu verstehen.

Sollte diese Erklärung zu wenig klar sein, freue ich mich auf Ihre Motion, Herr Bösch. Dann können diese Instrumente ausgebaut und präzisiert werden. Für mich ist das eine Frage der Redlichkeit. Wenn jemand findet, es sei falsch, diese Strategie zu verfolgen, bitte ich, dies jetzt zu sagen. Selbstverständlich verpflichtet sich der Stadtrat mit der Abstimmung zu nichts. Mir geht es um eine inhaltliche Botschaft. Ich hörte von niemandem, er oder sie sei nicht einverstanden. Ist dies der Fall, möchte ich das gerne noch wissen.

Madame Magnin, je crois que vous avez mal compris la remarque du catalogue négatif. Ce n'était pas un jugement qualitatif. Mon message était: si on entre dans la discussion en définissant déjà des terrains intouchables, la recherche du compromis sera plus difficile. C'est pour cette raison que j'ai fait la comparaison avec l'augmentation de la quotité d'impôts, qui certainement n'est pas appréciée du côté de la droite de la salle. Ce n'était que cela mon message, je n'ai pas jugé qualitativement ces idées.

**Ogi Pierre, PSR:** J'aimerais tellement soutenir le Maire, mais ce n'est pas possible. J'ai pris connaissance du rapport, ce qui veut dire que je l'ai lu. Soit on doit voter oui, soit non, mais prendre connaissance, ce n'est pas possible. Le texte doit être modifié: prendre connaissance et accepter ou refuser. Une prise de connaissance ne sera jamais un engagement.

Der Stadtrat **nimmt Kenntnis** vom Zwischenbericht 2011 zur Finanzstrategie.

## 107. Geschäftsbericht 2010 der Stadtverwaltung Biel

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Wie bereits erwähnt, wird Herr Moeschler heute Abend noch an der Verabschiedung des Chefdirigenten des Sinfonie Orchesters Biel erwartet. Ich möchte deshalb Herrn Moeschler fragen, ob es Sinn macht, die Behandlung der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion auch in diesem Geschäft vorzuziehen. Dies ist der Fall.

**Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion**

**Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion:** En parcourant la partie du rapport de gestion consacrée à la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, je réalise que les tâches accomplies par les services de la FPC, que ce soit dans le domaine de la formation, de la culture ou au niveau social, sont toujours aussi importantes. Nombreux sont les succès décrochés, particulièrement en ce qui concerne le domaine de la culture, avec l'achèvement des réformes de l'Orchestre symphonique et du Théâtre Bienne-Soleure ainsi que pour les musées Schwab-Neuhaus. Ces réformes permettront une meilleure gestion des ressources, tout en assurant des prestations culturelles de haute qualité.

Le rapport dresse également la liste des difficultés qui persistent dans le domaine scolaire, surtout en ce qui concerne les enseignant(e)s. Les nouveaux projets se portent bien. Les classes bilingues rencontrent un grand succès. Les demandes d'inscriptions dépassent la capacité d'accueil. Seul un tiers des demandes ont pu trouver réponse en 2010. Malgré l'augmentation des prix, suite à l'alignement des tarifs sur le barème cantonal, les structures d'accueil extrafamilial ont été plébiscitées en 2010. Le nombre de places est passé de 750 à 1'000 en 2010. Un bémol tout de même en ce qui concerne le projet d'accueil à midi destiné aux adolescent(e)s prévu pour la rentrée scolaire 2011.

S'agissant de l'aide sociale, le nombre des demandes d'aide individuelles augmente et augmentera encore en 2011, en raison du raccourcissement de la durée des allocations de chômage. Si le nombre de dossiers traités par les assistantes et assistants sociaux reste dans des normes acceptables (85 dossiers pour un poste à 100%), le travail supplémentaire résultant des changements de caisses-maladie représente un déficit important à la charge du Service de affaires sociales. Je tiens à saluer également les prestations fournies par le Service d'intégration professionnelle dans son ensemble et en particulier pour les jeunes de 14-25 ans. Ces jeunes sont contactés dès leur entrée sur le marché du travail, afin d'identifier les difficultés auxquelles ils doivent faire face et de les aiguiller à temps vers les services compétents. Pour ce qui est des statistiques, le Service d'intégration professionnel s'aligne pour la première fois sur la moyenne cantonale, avec un taux de succès de 60%. Ceci correspond à une augmentation du quota de réintégration de 10%. Je salue également l'augmentation de la palette des emplois disponibles, à l'instar de VéloSpot Bienne. Un nouveau projet soutenu par le canton a vu le jour en mai 2010. Dix jeunes s'engagent à travailler, un voire deux mois, avant de toucher les indemnités de l'aide sociale. 53 jeunes ont déjà suivi cette voie avec succès. Ce projet se solde par un bilan à fin 2011 avec, à la clé, le maintien du projet en 2012. Une reconduction de ce projet est d'ores et déjà plébiscitée par des interventions sur le plan cantonal.

Le rapport de la protection de la jeunesse et des adultes est très bien étayé par des chiffres détaillés et des graphiques illustratifs. L'augmentation de la demande et l'énorme travail réalisé est bien perceptible, malgré les situations conflictuelles vécues en 2010. Le rapport mentionne, à la page 80, le remplacement des Autorités communales par des structures régionales et professionnalisés dans le domaine des tutelles (mesure adoptée par le Grand Conseil en 2010) ainsi que la décision du Conseil d'état (largement thématisée par la presse) de revenir sur cette proposition,

en proposant le maintien du modèle communal. La Commission mise en place par le Grand Conseil organisera des pourparlers cet automne, pour traiter cette thématique. Nous verrons à ce moment là, quelle sera la solution choisie.

Je termine en évoquant la question des homes municipaux. Je me réjouis de constater l'avancement et le développement des activités. Le changement de financement des prestations et la question de la forme juridique des quatre homes sont à l'ordre du jour et représentent un grand défi à relever. Je me fais un devoir de remercier le personnel, dans son ensemble, qui œuvre dans l'ombre en réalisant un travail considérable. J'aimerais tout particulièrement remercier le Directeur de la FPC pour la qualité des prestations fournies en 2010.

**Brassel Urs, Fraktion Forum:** Die Fraktion Forum dankt Herrn Moeschler und seinen Mitarbeitenden für diesen Bericht. Der Bericht zeigt beispielsweise auf, dass die Fachstelle Integration ihre Massnahmen zur Integrationsförderung fortgesetzt, gar ausgebaut hat. Diese Massnahmen stossen erfreulicherweise auf grosses Interesse. Ich gehe nicht auf jeden Punkt einzeln ein, sondern spreche nur die Aspekte an, die der Fraktion Forum wichtig erscheinen:

- Innerhalb der Dienststelle Kultur übernahm die Kulturdelegierte interimistisch die Leitung des Museums Schwab. Kann sie ihre eigentliche Aufgabe trotz dieser Mehrbelastung noch wahrnehmen? Wie weit fortgeschritten sind allfällige Verhandlungen über die neue Leitung des Museums Schwab?
- Laut Bericht läuft die Zusammenarbeit zwischen dem Museum Schwab und den kleinen und mittelgrossen Kulturinstitutionen sehr gut. Es sei nur zu geringfügigen Abweichungen gekommen. Ist dies die Sicht des Gemeinderats und sind die Kulturschaffenden gleicher Meinung?
- Für die Abteilung Schule und Sport ist die Umsetzung des neuen Schulreglements ein Schwerpunkt. Die Kindergärten verzeichnen eine deutliche SchülerInnenzunahme. Dies wirkt sich auf die zu erwartenden Investitionen in die Schulhäuser aus. Die schulische Integration und die Reduzierung der ehemaligen Kleinklassen stellt eine grosse Herausforderung dar und bringt die Lehrkräfte an ihre Grenzen. Vom Kanton werden jedenfalls keine zusätzlichen Ressourcen bewilligt, auch er spart.
- Die Filière bilingue läuft gut, so sind laut Bericht alle Beteiligten zufrieden.
- Die Sanierung des Oberstufenzentrums Madretsch ist abgeschlossen und der Betrieb funktioniert einwandfrei. Das ist schön.
- Die Auslastung der Tagesschulen ist sehr hoch, die Nachfrage steigt weiter.
- Die Sportkommission - unter der Leitung von Herrn Wiederkehr - beantwortete mehrere Subventionsanfragen.
- Im Bericht wird erwähnt, was bei den Sportplätzen geplant ist. Diverse Umkleidekabinen von Sportclubs sind in einem desolatem Zustand. Für eine Renovierung fehlt immer das Geld. Braucht es wirklich jedes Mal einen Architekturwettbewerb mit Luxuslösung, wenn eine Umkleidekabine renoviert werden soll? Würde eine einfache Lösung, welche die effektiven Bedürfnisse eines Sportvereins erfüllt, nicht auch reichen? Ich erinnere daran, dass für die Garderobe für die Inline-Skater und die American Football Spieler im Mettmoos von einem Betrag von CHF 4 Mio. gesprochen wurde! Ich bin im Seeclub Biel aktiv, wahrscheinlich kennen alle das schöne Clubhaus am See. 1996 wurde es für CHF 1,4 Mio. neu gebaut. Aus Kostengründen verzichtete der Seeclub auf eine

Heizung. Im Winter trainiert er halt bei 10 °C. Das ist möglich, denn, wer trainiert bekommt warm und braucht keine Heizung.

- Bei der Abteilung Soziales hält der Trend an. Die Anzahl unterstützungspflichtiger Personen stieg um ungefähr 6%. Dies sind 390 Sozialhilfeempfangende mehr als im letzten Jahr. Entsprechend stiegen auch die Ausgaben, was laut Bericht aber vor allem auf Mietkosten und die Krankenkassenprämien zurückzuführen ist.
- Die Fachstelle für Arbeitsintegration zeichnet ein positives Bild. Eine Integrationsquote von 60% ist erfreulich und bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 10%.
- Der Fraktion Forum fehlten im Geschäftsbericht Angaben zum Einsatz der Sozialinspektoren. Ein in diesem Zusammenhang verschicktes E-Mail an Herrn Moeschler wurde in der Zwischenzeit beantwortet. Ich nehme an, dass sich Herr Moeschler noch darauf beziehen wird. Die Fraktion Forum möchte wissen, wie oft die Sozialinspektoren im Einsatz waren und ob ihre Arbeit als Erfolg gewertet werden kann?

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** La lecture du rapport d'activités de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture (FPC) donne l'impression d'un département en pleine effervescence. La FPC mène de front plusieurs actions simultanément: les projets des musées, du théâtre dans les quartiers, des classes bilingues, des structures d'accueil extrafamilial et des intégrations à l'école. Si je peux me permettre un conseil, il faudrait peut-être temporiser un peu pour mener tous ces projets à bon port.

J'aimerais mettre l'accent sur la question des affaires sociales fortement sollicitées et dont la nouvelle loi sur le chômage va encore alourdir la tâche. Le Service d'intégration professionnel s'efforce, par tous les moyens, de réinsérer professionnellement les personnes dépendantes de l'aide sociale. Ce travail se fait déjà en amont et en particulier auprès des jeunes de 14-25 ans. J'aimerais poser quelques questions:

- 20% des dossiers sont traités par du personnel administratif et non pas par les assistantes et assistants sociaux. La FPC envisage même d'augmenter cette prise en charge à hauteur de 30%. Cette Direction a-t-elle réalisé une enquête préalable auprès des personnes assistées pour évaluer les effets de cette politique sur l'évolution de leur situation économique?
- Quels sont les critères pris en compte pour déterminer si une personne doit être prise en charge par un(e) assistant(e) social(e) ou par du personnel administratif? - Concernant le projet TAP (Testarbeitsplätze), les bénéficiaires qui ne sont pas conformes aux mesures mises en place sont-ils privés d'aide sociale?
- Cette mesure s'inscrit-elle dans la loi sur l'aide sociale et dans la Constitution suisse?

**Calegari Patrick, Fraktion BVP plus:** In diesem Bericht wird offen und grosszügig kommuniziert. Die Lektüre ist sehr angenehm, interessant und lehrreich. Herzlichen Dank an die Verfassenden! Einige Erklärungen nahm die Fraktion BVP plus positiv zur Kenntnis, beispielsweise dass die Filiation bilingue, dieses von Lehrkräften skeptisch bis ablehnend aufgenommene Projekt, erfolgreich ist. Wer sich damit beschäftigt, ist begeistert. Die Filiation bilingue ist gerade für Biel interessant, da hier das Sprachenverhältnis an den Schulen 53,7% Deutsch- zu 46,3% Französischsprachige beträgt. Es dauert nicht mehr lange und beide Sprachen sind



ebenbürtig vertreten. Dies beweist, dass künftig mehr Anstrengungen gemacht werden müssen, damit die Zweisprachigkeit in Biel/Bienne ohne Wenn und Aber gelebt werden kann. In einer interessanten Passage des Geschäftsberichts geht es um den Dienst für Kinder und Jugendliche. Dieser organisierte an zwölf Sonntagen Treffen für getrennt lebende Familien im Bieler Besuchstreff. Ich wusste gar nicht, dass es das gibt! Diese Treffen wurden von 29 Familien mit 40 Kindern insgesamt 249-mal in Anspruch genommen. Der Fraktion Forum wurde gesagt, dass das fest angestellte Leistungsteam dort wichtige und anspruchsvolle Arbeit verrichtet.

Andere Erläuterungen hingegen lösten bei der Fraktion BVP plus Besorgnis aus, beispielsweise, dass in den nächsten Jahren mit stark zunehmenden SchülerInnenzahlen zu rechnen sei und dafür der Schulraum fehlt. Zu diesem Thema ist später noch die dringliche Motion 20110123 "Bildung im Stadtzentrum - Schulkomplex Esplanade" traktandiert. Auch die Nachfrage nach Tagesschulplätzen ist riesig und steigt weiterhin. Somit müssen auch dort in Zukunft Anstrengungen unternommen werden. Die Abteilung Soziales beschäftigt 110 Personen, betreut 3'579 Dossiers und 6'023 Personen wurden beraten oder unterstützt. Dies betrifft also fast jede zehnte in Biel wohnhafte Person. Die Nettoausgaben im Bereich Soziales waren über CHF 6,1 Mio. höher als im Vorjahr. Wie hoch werden diese Kosten künftig noch ansteigen? Stossen sie an eine Grenze? 2010 verfügte Biel über 267 Vollzeit Kita-Plätze. Diese wurden von rund 450 Kindern aus ungefähr 400 Familien belegt. Auf die prozentualen Anteile deutsch-französisch-fremdsprachiger Kinder gehe ich hier nicht ein. Zu denken gibt aber auch hier die stets steigende Anzahl Kinder, welche diese Kita-Plätze beanspruchen. Das ist ein Zeichen, dass immer mehr Eltern ihre Aufgabe als Eltern nicht mehr wahrnehmen können oder wollen (diese Aussage ist allerdings eine reine Ansichtssache).

Wiederum andere Erklärungen ärgerten die Fraktion BVP plus. Im Bericht steht: *"Nach Bekanntgabe der neuen Krankenkassenprämien Anfang Oktober musste die Versicherung von rund 3'000 Klienten organisiert und bis Ende November realisiert werden. Mit zusätzlichem Personal und einem Sondereffort konnte die neue Versicherungsrunde 2010 gemeistert werden."* Dies steht im Widerspruch zur Argumentation im Bericht zu den Abweichungen zwischen Budget und Jahresrechnung. Dort steht ganz klar, dass Kündigungsfristen nicht eingehalten wurden, und dass dies die Stadt CHF 280'000.- kostete, also pro betroffener Person ungefähr CHF 1'000.-. Deshalb würde ich nicht sagen, die Versicherungsrunde 2010 sei gemeistert worden! Viel eher wurde sie verschlafen... Auch eine Aussage zu den Sportinstallationen ärgerte mich. Der Vorredner sagte bereits etwas über die Garderoben. Im Bericht steht zwar, der Trainingsplatz auf dem Champagneareal sei mit einem superschönen Kunstrasen ausgestattet worden. Von einem Garderobenprojekt steht aber kein Wort, obschon der Stadtrat dies vor Jahren in einer Motion (20070036, Garderoben Sportanlage Champagne: Sofortiger Ersatz) verlangte. Der Stadtrat kann sich jetzt darüber streiten, ob ein teurer und schöner Kunstrasen wichtiger sei als eine Garderobe. Persönlich hätte ich die Garderobe prioritär behandelt... Insgesamt möchte ich allen Mitarbeitenden dieser sehr grossen Direktion danken und nochmals mein Lob für diesen Bericht aussprechen.

**Chevallier Barbara, au nom du Groupe socialiste:** Le Groupe socialiste a pris connaissance du rapport de gestion de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture avec grand intérêt. Nous apprécions en particulier la franchise

avec laquelle le Secrétariat de direction évoque, sans détours, tant l'incompréhension et la grogne des enseignant(e)s face à la mise en application de la loi sur l'intégration et l'introduction de la filière bilingue ainsi que les doutes exprimés sur la qualité du travail accompli par le Service de la protection de la jeunesse et des adultes et la décision du Conseil municipal, de mandater une enquête externe sur ce service. Ces événements ont touché de près ou de loin un grand nombre de personnes employées dans cette Direction et ont compliqué leur travail au quotidien. Il convient cependant de souligner, que le bilan des tâches accomplies n'en demeure pas moins formidable.

Les orateurs précédents ont évoqué le travail intensif réalisé en 2010 dans le domaine de la culture. C'est grâce à un travail de fond sur la durée, que les sept institutions culturelles de la Ville de Bienne peuvent aujourd'hui envisager un futur prometteur. Les efforts mis en place par tous les partenaires et les nombreuses discussions menées en coulisse pour aboutir aux fusions acceptées par le peuple, ne sont pas à sous-estimer.

Un autre bilan conséquent est celui d'Écoles & Sport. Ce Département aligne en effet les réformes ainsi que les projets de restructuration interne, afin de mieux répondre aux besoins des enfants de 0-4 ans et de 5-18 ans. Écoles & Sport doit également relever d'autres défis: la mise en œuvre de la loi cantonale sur l'intégration, qui exerce une forte pression sur le corps enseignant, l'ouverture de la filière bilingue plébiscitée par les parents, les écoles à journée continue et les crèches, dont les effectifs ne cessent d'augmenter, le travail social dans les quartiers, la petite enfance, etc. Il y a trop de changements, nous l'avons entendu tout à l'heure dans l'intervention de Madame Magnin, trop de réformes et trop de mouvements. Le Groupe socialiste est d'avis que ce dynamisme et ces restructurations internes vont porter leurs fruits tout prochainement, même si aujourd'hui tout ne fonctionne pas encore comme souhaité. Il faut veiller à ce qu'Écoles & Sport reçoive les ressources nécessaires pour accomplir sa tâche. Lorsque le nombre des enfants fréquentant l'école à journée continue augmente de l'ordre de 30%, il ne s'agit bien évidemment pas uniquement d'une simple augmentation du nombre d'enfants. Cela entraîne, bien entendu, une augmentation proportionnelle du nombre d'employé(e)s prévu(e)s pour s'en occuper. Il faut également adapter le nombre de repas à fournir et prévoir un nouvel aménagement plus spacieux des locaux. Des transports supplémentaires sont également à organiser, sans oublier une augmentation significative des charges de gestion des dossiers. Restons donc vigilants afin que les réformes entreprises puissent également être menées à terme. Ce n'est pas le moment de couper dans le budget et de supprimer des postes, qu'il faudra repourvoir par la suite.

Les défis, que le Service d'aide sociale doit relever, sont également importants: une augmentation de 6,9% des dossiers par rapport à 2009, soit 390 nouveaux cas à traiter. Les efforts fournis, tant pour accompagner les personnes dans le besoin, que pour les aider concrètement à réintégrer le marché du travail, portent leurs fruits. L'évolution des chiffres dans ce domaine est réjouissante, avec un quota d'intégration 10% supérieur à celui de l'année passé. Le Groupe socialiste félicite le Service d'aide sociale pour ce résultat encourageant.

Le Département de la protection des adultes et de la jeunesse a traité 1087 avis de détresse en 2010, cela signifie 3 avis de détresse par jour. Le Groupe socialiste est particulièrement conscient du travail qu'un avis de détresse génère: la gravité des

situations rencontrées, la pression sous laquelle les employé(e)s de ce service doivent régulièrement opérer et la difficulté de trouver des solutions appropriées aux problèmes rencontrés. Notre groupe ne peut que féliciter l'ensemble du personnel de ce département pour le bilan présenté, considérant les conditions de travail pénibles et la constante pression médiatique à laquelle ce service a dû faire face au quotidien.

C'est aussi l'occasion de saluer le travail accompli par les services des homes municipaux. Sachant que les homes municipaux recrutent du personnel qualifié pour accompagner les personnes âgées dans leur dernière étape de vie, le Groupe socialiste constate à la lecture de ce rapport, que 1'200 candidatures correspondant aux postes à pourvoir ont pu être étudiées.

En ce qui concerne l'Agence AVS, le nombre de dossiers à traiter ainsi que les démarches administratives et comptables sont en augmentation, ce qui génère là aussi un surcroît de travail important pour ce service.

Pour terminer, le Centre de compétence d'intégration poursuit ses projets et rencontre un franc succès. Ce service contribue très activement à maintenir un tissu social, en intensifiant ses rapports avec de nombreux partenaires externes. C'est une unité indispensable à la qualité de vie de tous les habitants de la Ville de Bienne. Le Groupe socialiste remercie la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture pour les prestations fournies et la rédaction de ce rapport.

**Nicati Alain, PRR:** Á titre de rappel, une interpellation a été déposée pour demander au Conseil municipal la raison pour laquelle le rapport de gestion de 100 pages ne compte que 12 pages en français!

**Pichard Alain, GLP:** Herr Calegari, ich möchte an dieser Stelle keine Debatte über den Bilinguismus führen, aber Sie missverstehen da etwas. Die Lehrerschaft stellte sich nicht gegen die Idee bilingualer Schulen. Sie sagte lediglich, dass dies nicht prioritär sei. Ich hoffe doch, dass eine Begeisterung dafür zu spüren ist! Nicht jeder Schweizer Vater kommt für seine Kinder in den Genuss einer staatlich alimentierten Privatschule, in welcher das Verhältnis zwischen Schweizer und ausländischen SchülerInnen derart krass ist wie in Biel. Gerade heute rief mich wieder ein französischsprachiger Schulleiter an, der die Einführung der Filière bilingue als falschen Schritt empfindet. In Biel sollten andere Prioritäten gesetzt werden. Woran wird der Erfolg gemessen? Nur daran, dass diejenigen, welche die Filière bilingue besuchen, dieses Angebot gut finden, jedenfalls nicht... Der Erfolg kann erst nach den neun obligatorischen Schuljahren gemessen werden. In sechs Monaten werden die Detailresultate der Pisastudie veröffentlicht. In der letzten Veröffentlichung figurieren die französischsprachigen Bieler SchülerInnen schweizweit an drittletzter Stelle. Weshalb? Weil bis zu 20% dieser SchülerInnen nicht richtig lesen und schreiben können. Biel hat ein Problem mit Zuziehenden aus dem Ausland, die hier integriert werden müssen. Trotz Integrationsartikel ist dies kaum zu schaffen. Genau aus diesem Grund haben sich die Lehrkräfte auch gegen die Filière bilingue gewehrt, also weil ihnen dies der falsche Ansatz scheint.

**Calegari Patrick, BVP:** Herr Pichard, ich wollte niemanden ärgern... Ich sage nur, dass in einem kleinen Geschäft, wie meines, an der Front niemand arbeiten kann, der nur Deutsch oder nur Französisch spricht. Dies ist ein rein bielerisches Problem, es

existiert also weder in Thun noch Neuenburg. Jeder Effort, der in Biel für die Zweisprachigkeit erbracht wird, muss wahrgenommen werden. Unter meinen Freunden sind einige Lehrpersonen. Sobald sie einen Mehraufwand fürchten, beklagen sie sich. Die Gewerbetreibenden leiden demgegenüber darunter, dass kein zweisprachiges Personal gefunden werden kann. Die Jungen selber leiden darunter, weil sie ohne Kenntnis der beiden Amtssprachen kaum eine Chance auf eine Anstellung haben... Das ist einfach so, so leid es mir tut.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** J'ai entendu beaucoup de choses agréables par rapport aux activités des nombreux départements et services de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, considérée comme une des directions les plus vastes de la Ville de Bienne. Je peux effectivement affirmer que c'est un défi considérable, mais absolument passionnant, de diriger une telle direction. Je ne suis pas d'accord avec les propos de Madame Magnin. Il ne faut pas temporiser pour mener à bien les projets. Il faut, au contraire, que chaque service envisage l'avenir de telle manière à ce que ce dynamisme ne faiblisse pas, en trouvant les solutions aux problèmes et pourquoi pas en innovant. Tout projet se veut innovateur et parmi les projets en cours, il y en a un qui me tient spécialement à cœur. Je parle bien sûr du projet de la filière bilingue. Notre direction a eu la chance de compter sur un corps enseignant particulièrement concerné et impliqué dans ce projet pilote. Les problèmes exposés par Monsieur Pichard sont des problèmes d'importance, mais qui peut nous garantir, qu'en abandonnant ce projet de filière bilingue, nous puissions mieux résoudre les autres problèmes qui se posent?

Trois questions ont été soulevées par rapport au Service d'aide sociale. Concernant la question relative aux inspecteurs sociaux, notre département fait rarement appel à des inspecteurs sociaux pour le traitement des affaires. En effet, des mesures nécessaires ont été prises afin de garantir un travail de qualité. Cette qualité est assurée par les procédures mises en place par nos assistant(e)s sociaux(les) dans le travail quotidien de proximité avec les bénéficiaires de l'aide sociale. Il est donc très rare, que nos assistant(e)s ne puissent pas exercer correctement leur rôle de surveillance et doivent avoir recours à des inspecteurs sociaux externes. D'autre part, l'application de mener des enquêtes secrètes doit préalablement être réglementée dans la loi.

Deux questions ont été posées par Madame Magnin en ce qui concerne le transfert de dossiers traités par les assistant(e)s sociaux(les) au personnel administratif. En effet, les bases légales permettent de transférer les dossiers, qui ne posent plus problème d'un point de vue de l'identification de l'enquête ainsi que de la réflexion au niveau de la politique sociale, à notre personnel administratif. Il faut savoir que chaque assistant(e) social(e) est en charge d'une centaine de cas, mais chaque dossier n'a pas le même degré de gravité, ni de difficultés. Je vous rappelle, que c'était la volonté du Gouvernement, d'augmenter le pourcentage du personnel administratif dans notre service, de telle sorte à pouvoir décharger les assistant(e)s sociaux(les), afin qu'ils/elles puissent agir plus efficacement sur un nombre plus restreint de dossiers et ainsi mieux accomplir leur tâche, qui est d'apporter de l'aide rapidement aux personnes confrontées à de réelles situations de précarité et ayant besoin de soutien. La deuxième question posée par Madame Magnin se rapporte au TAP (Testarbeitsplätze). Là aussi, les dispositions légales de la Loi sur l'aide sociale,

art. 28 (RSB 860.1), permettent d'intervenir si une personne refuse de faire les efforts nécessaires pour résoudre son problème de dépendance de l'aide sociale. Pour ce qui est des enquêtes auprès des personnes assistées, il n'y a pas eu d'enquête menée à ce propos. Concernant les critères pour déterminer si une personne doit être prise en charge par un(e) assistant(e) social(e) ou par du personnel administratif, c'est dans le rapport et le travail quotidien fait auprès des bénéficiaires de l'aide sociale, que le personnel qualifié du Service d'aide sociale réalise un tri et attribue les dossiers à qui de droit.

## **Allgemeine Gemeindeverwaltung**

**Stöckli Schwarzen Heidi, GPK:** Pour la deuxième fois ce soir, je vous présente le résumé du Président **absent** de la Commission de gestion concernant le rapport de gestion de l'Administration municipale biennoise. Der Geschäftsbericht 2010 ist interessant und aufschlussreich. Analog zur Rechnung wies die GPK die Geschäftsberichte der Direktionen jeweils einzelnen Mitgliedern zu, im Gegensatz zu früheren Jahren hat die GPK auch zu fast jeder Direktion eine Bemerkung. Diese Bemerkungen sind aber als Wertschätzung für die geleistete Arbeit zu verstehen. Das dicke Dokument Geschäftsbericht beinhaltet eine enorme Fülle von Informationen, welche aber auch Fragen aufwerfen und vielleicht hie und da Anlass für den einen oder anderen politischen Vorstoss geben. Dies obwohl sich das eine oder andere auch im direkten Gespräch lösen liesse...

Was die Schwerpunkte der gemeinderätlichen Politik anbelangt, stellt die GPK fest, dass von rund 87 Zielpositionen 15 Massnahmen erfüllt sind. Dies entspricht einer Erfüllungsrate von 18%. Gut die Hälfte der Massnahmen befindet sich aber in der Umsetzung. Die GPK freut sich speziell über die Aussagen im zweiten Abschnitt der Zielposition 4.7: 2011 soll nämlich die Zusammenarbeit zwischen den Sozialdiensten und der Fachstelle für Arbeitsintegration (FAI) in den Bereichen 14- - 17-Jährige und 18- - 25-Jährigen intensiviert werden. Die GPK freut sich deshalb besonders darüber, weil sie dies anlässlich ihres Verwaltungsbesuchs bei der FAI anregte. Im Namen der GPK danke ich also ganz herzlich für dieses klar strukturierte und inhaltlich wertvolle Dokument.

**Grünenwald Samuel, au nom du Groupe Forum:** J'ai trouvé ce rapport d'activité exemplaire. Il relate clairement l'essentiel des activités de nos Autorités. Bien plus encore, il s'appuie sur diverses statistiques graphiques, schémas et textes. Le Groupe Forum s'est profondément plongé dans la lecture de ce rapport et ne voudrait pas manquer de féliciter toutes celles et ceux qui ont participé à sa réalisation. Merci et bravo pour ce travail épicurien. Une remarque toutefois concernant la présentation des chiffres et des graphiques. Les valeurs, surtout dans les graphiques, pourraient être agrandies, afin d'en faciliter la lecture. J'aimerais relever quelques points importants.

Le Conseil de ville a derrière lui une année bouleversée par sept démissions. J'aimerais rappeler, que la stabilité du Conseil de ville est très importante pour la bonne marche des affaires. Une nouvelle commission "Structures 2013 et Esplanade" a été créée ainsi qu'une commission spéciale "AGGLOlac". En effet, la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture est une direction "mammouth". Je

pense, qu'il est essentiel d'avoir une bonne répartition des charges entre les différents départements. Le conseil des affaires francophones (CAF) a également été renouvelé, pour la première fois en 2010. Le Secrétariat parlementaire a géré 60 séances en 2010 et a fortement été occupé par les différents travaux réalisés par le Conseil de ville. Une année turbulente a été marquée par de nouvelles élections et le départ de notre ancien maire, Monsieur Hans Stöckli. Finalement, le Conseil municipal s'est occupé de 224 naturalisations en 2010.

S'agissant des 87 buts à réaliser en 2010 dans la politique du Conseil municipal et de la Ville de Bienne de 2009-2012, 15,5 ont été partiellement atteints, 46 sont en travail, 24,5 sont en planification et 1 a été abandonné. Le Secrétariat de direction de la Mairie a fait un travail particulièrement louable, notamment en ce qui concerne les statistiques. Au 1<sup>er</sup> janvier 2010, la Ville comptait 36'280 personnes de nationalité suisse et 14'174 personnes de nationalité étrangère. Le nombre des habitants est en légère augmentation, par rapport à 2009.

Un autre point important est celui des logements vacants. Beaucoup de nouvelles constructions voient le jour dans notre Ville et je suis un peu surpris par le nombre d'appartements vacants. Pour ce qui est du travail de la Chancellerie municipale, j'aimerais remercier les employé(e)s de la Chancellerie pour le travail accompli cette année. Monsieur Nicati relevait tout à l'heure les quelques pages en français que contenait ce rapport. Pour ma part, je trouve que le Service central de traduction a toujours plus de travail. C'est un appareil coûteux. Lorsque l'on parle de concessions et rationalisations, pourquoi ne pas également y réfléchir dans ce contexte. Je pense que cela sera fait dans l'analyse des nouvelles structures 2013. Quant aux finances, l'essentiel a été dit. Concernant la politique des immeubles, il y a une diminution des effectifs de 1,858%. Pour ma part, je pense que la politique suivie est la bonne, sachant les problèmes auxquels notre Ville a dû faire face en la matière. Si la gestion de ce domaine est bonne, c'est aussi un plus pour la Ville de Bienne. Je tiens à remercier toutes les personnes qui ont participé à l'établissement de ce rapport de gestion.

**Stöckli Schwarzen Heidi, Fraktion SP:** Auch die Fraktion SP ist der Meinung, dass der Geschäftsbericht ein wichtiges und informatives Dokument ist. Er gibt einen umfassenden Überblick über das vergangene Jahr, insbesondere über die aktuellen und neuen Projekte der Verwaltung. Aufmerksamen Lesenden entging sicher nicht, dass sich Gliederung und Struktur des Berichts in diesem Jahr etwas veränderten und der Bericht dadurch noch ansprechender wirkt. Schaut man bei den einzelnen Direktionen, steht nicht mehr die Fleissarbeit der Stadtratsmitglieder in Form ihrer Vorstösse an erster Stelle. Diese wurden nämlich in den Anhang verschoben. Die Direktionsberichte beginnen nun mit ihrer Tätigkeit, erläutern aktuelle und neue Projekte sowie Schwerpunkte. Im Namen der Fraktion SP möchte ich hierfür allen Beteiligten herzlich danken.

Zu den Schwerpunkten der gemeinderätlichen Politik 2009-2012: Herr Grünenwald erwähnte bereits, dass 87 Positionen aufgeführt sind. Im vergangenen Jahr wurden sieben Aufgaben erfüllt, was eine Zunahme von ungefähr 10% bedeutet. Neu befinden sich zusätzlich neun Massnahmen in der Umsetzung, womit sich insgesamt 46 Massnahmen in der Umsetzung befinden. 24,5 Massnahmen sind nach wie vor in Planung. Betrachtet man die Entwicklung bei den einzelnen Schwerpunkten fällt auf,

dass diese sehr unterschiedlich ausfällt. So sind beispielsweise beim Schwerpunkt 1, Impulse für Biel, mehr Punkte in Planung als in der Umsetzung. Im Schwerpunkt 2, Lebensqualität in den Quartieren, findet man von realisierten Punkten bis zu einem Verzicht alles.

Negativ fielen der Fraktion SP die Punkte 2.1 und 2.2 auf. Darin geht es um die Quartierentwicklung und um verdichtetes Bauen. Weder 2009 noch 2010 ist in diesen Bereichen etwas passiert. Demgegenüber passierte viel im Schwerpunkt 3, Investieren in Biel. Ich erinnere beispielsweise an das Standortrating. In den Schwerpunkten 4, Familienstadt, 5, Kulturstadt und 6, Zusammenleben für alle, sind praktisch alle Massnahmen in der Umsetzung, dort läuft also sehr viel. Unter dem Aspekt Kulturstadt wird in Massnahme 5.4 darüber diskutiert, ob das Theater Palace ein Haus für die Französischsprachigen werden soll. Die Beantwortung der heute noch traktandierten Motion 20110122 "Das Theater Palace, ein Kulturhaus für alle, prioritär dem französischen Theater gewidmet" zeigt die Kehrseite der Medaille auf und ist für mich ein Wermutstropfen. Innerhalb von Schwerpunkt 7, Mit der Umwelt in Einklang leben, wurde neu das Ziel 7.5 erreicht, nämlich 50% Öko-Strom für die städtischen Liegenschaften und für die öffentliche Beleuchtung einzusetzen. Auch innerhalb der Schwerpunkte 8, öffentliche Sicherheit und 9, Die zweisprachige Stadt, sind die meisten Massnahmen in Umsetzung. Die Fraktion SP hofft, dass auch nächstes Jahr eine Zunahme bei der Zielerreichung zu verzeichnen sein wird und dass weiterhin viele Massnahmen umgesetzt werden.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Besten Dank für die gute Aufnahme des Berichts und die lobenden Worte an die Verwaltung. Ich werde diese gerne weiterleiten. Ein Hinweis zu Frau Stöcklis Votum als Fraktionssprecherin: Es stimmt, dass in Punkt 2.1 und 2.2 zur Quartieraufwertung keine Aktivitäten zu verzeichnen waren. Im strategischen Ausschuss Stadtentwicklung werden aber derzeit Überlegungen angestellt, wie in der zweiten Jahreshälfte punktuelle Massnahmen in den Quartieren umgesetzt werden könnten. Es sollen auch bereits attraktive Quartiere verbessert werden. Wichtiger scheint es mir aber, dass gewisse im Moment weniger bevorteilte Quartiere aufgewertet werden sollen. Solche Massnahmen können zum Teil auch kurzfristig umgesetzt werden. In Quartieren aber, die beispielsweise viel Durchgangsverkehr zu verkraften haben und in welchen sich eine nachhaltige Verbesserung erst in ein paar Jahren mit der Eröffnung des A5 Ostasts einstellen wird, kann es sich dennoch bereits heute lohnen, die Situation zu verbessern. Ich denke da beispielsweise an die Verbesserung der Bausubstanz oder an die Anpassung der Aussenräume. Der Gemeinderat verfolgt dieses Thema und die neuesten Entwicklungen in geeigneter und angepasster Form.

**Isler Peter, SP:** Ich stelle den Ordnungsantrag, die heutige Sitzung jetzt abubrechen.

### **Abstimmung**

über den Ordnungsantrag

**Der Ordnungsantrag wird angenommen.**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Somit wird die Sitzung hier unterbrochen. Ich wünsche allen einen schönen Abend.



**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22.50 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:**

Thomas Lachat

**Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:**

Regula Klemmer

**Protokoll:**

Katrin Meister

Lilian Stähli

**Procès-verbal:**

Ana Gonzalez

Claire-Lise Kirchhof